

Erfolg

Dokumentation der Fachtagung Gemeinden gestalten den Lebensraum von Familien

Persönlichkeit

Sinn



**Donnerstag, 24. und
Freitag, 25. November 2005**

Familien-Forum Schlierbach

Fachtagung des Bundesministeriums für
Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
und der SPES Familien-Akademie



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Familienorientierung in der Gemeinde – Eckpfeiler einer starken Region	3
Mit Kindern rechnen	7
Der demographische Wandel und die Auswirkungen auf österreichische Städte und Gemeinden	15
Biblio-Drehscheibe: Modellprojekt einer Gemeindekooperation	27
Familienpaten: Modellprojekt eines lokalen Bündnisses	31
Kommunaler Familientisch Pilsting: Modellprojekt eines Familientisches	35
Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde	40
Familienpolitische Schwerpunkte in Oberösterreich	45
Angebote der SPES Familien-Akademie	48



Vorwort

Erstmals in Österreich wurde von 24. – 25. November 2005 in der SPES Familien-Akademie in Schlierbach eine bundesweite Fachtagung mit dem Schwerpunkt örtliche und regionale Familienpolitik abgehalten.

PraktikerInnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz stellten bei dieser innovativen Veranstaltung Ihre Erfahrungen und Ihr Wissen zur Verfügung.

Die Präsentation von Modellbeispielen im Bereich „Familie und Gemeinde“ trafen auf reges Interesse. Die 50 TeilnehmerInnen informierten sich über Angebote verschiedener Einrichtungen und genossen die Zeit für gegenseitigen Austausch und neue Kontakte in anregender Atmosphäre.

Ziel dieser Familienpolitischen Fachtagung „Forum Schlierbach“ ist es, die ressourcenorientierte Familienpolitik vor Ort zu stärken. Durch Information, Weiterbildung, Austausch und Diskussion werden neue inhaltliche Inputs gegeben und innovative „Models of good Practice“ verbreitet.

Die vertretenen Gemeinden und Institutionen nehmen Anregungen und konkrete Beispiele mit, die Sie unmittelbar auf die eigene Situation übertragen können. Die geknüpften Kontakte wirken sich positiv auf die Gestaltungskraft in der eigenen Gemeinde/Institution aus und werden so unmittelbar für Familien und Kinder relevant.

Die VertreterInnen von Landes- und Bundesebene nehmen Anregungen der Gemeindeebene für übergeordnete familienpolitische Maßnahmen auf.

Zum Gelingen dieser Veranstaltungen haben die kompetenten und engagierten ReferentInnen und WorkshopleiterInnen ganz wesentlich beigetragen. Die Anerkennung der TeilnehmerInnen geben wir daher gerne an Sie weiter. Herzlichen Dank an:

Ludwig Ecker, Erna Egerer, Jacqueline Fehr, HR Dkfm. Werner Höffinger, DSA Karl Hofinger, DI Rosemarie Pichler, Dr. Angelika Schiebel, Mag. Rudolf Schipfer, Vzbgm. Helga Schöngruber, Michael Walter, Dr. Jürgen Wüst.

Wir bedanken uns auch herzlich bei den VertreterInnen der Einrichtungen, die Infostände bestückt haben: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Katholischer Familienverband, Landesfamilienreferate OÖ und Salzburg, NÖ Hilfswerk, Plattform der Eltern-Kind-Zentren, Stmk. Landesregierung – Kinderleben.

Ermöglicht wurde diese Fachtagung durch die finanzielle Unterstützung des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Abteilung Familienpolitik). Herzlichen Dank!

Aufgrund des großen Erfolges und der vielen positiven Rückmeldungen wird nunmehr jährlich ein Treffen familienpolitischer AkteurInnen von Bundes-, Landes- und Gemeindeebene in Schlierbach, das ja im Herzen Österreichs liegt, stattfinden. Damit hoffen wir auch weiterhin einen hilfreichen Beitrag zur nachhaltigen Weiterentwicklung familienpolitischer Aktivitäten in Österreich beitragen zu können.

DSA Hannelore Kleiß, Leiterin der SPES Familien-Akademie

Familienorientierung in der Gemeinde - Eckpfeiler einer starken Region

zusammengefasst von Mag. Elisabeth Kumpl-Frommel

Im Rahmen eines „Kamingesprächs“ diskutierten sechs VertreterInnen verschiedener politischer Ebenen wesentliche Fragen der Familienorientierung. Mit dabei waren:

Frau Jacqueline Fehr, Nationalrätin in Zürich und seit Jahren im Bereich Familienpolitik aktiv. Als Autorin ist sie bekannt durch ihr Buch „Luxus Kind“.

Herr Dr. Jürgen Wüst, Mitarbeiter im Institut für Organisationskommunikation in Bensheim, Moderator und Begleiter der Modellprojekte kommunaler Familientische.

Herr Michael Walter, Leiter der Abteilung Familie und Kinder der Stadt Dornbirn. Die Stadt Dornbirn ist eine der Modellgemeinden die das Audit Kinder- und Familienfreundliche Gemeinde bereits in der Entwicklungsphase durchgeführt haben.

Frau Dr. Angelika Schiebel, Leiterin der Abteilung Familienpolitik im BMSG. Sie war wesentlich beteiligt bei der Entwicklung des Audits.

Herr HR Dkfm. Werner Höffinger, seit 18 Jahren Vizepräsident des Katholischen Familienverbandes Österreich. Er war fast ebenso lange Leiter des Familienreferates des Landes OÖ und ist Mitglied im Fachbeirat der SPES Familien-Akademie.

Frau Helga Schöngruber, bis vor kurzem Vizebürgermeisterin und Familienausschussobfrau der Gemeinde Roßleithen im Bezirk Kirchdorf. Roßleithen ist eine der Gemeinden in OÖ, die ein eigenes Leitbild „Kinder- und Familienfreundliche Gemeinde“ haben.

Ist die Gesellschaft noch „guter Hoffnung“? Wozu Familienorientierung?

Wenn wir die Bevölkerungsentwicklung betrachten so können wir die Frage nach der guten Hoffnung nur mit einem Nein beantworten. Die Geburtenrate ist so niedrig wie noch nie, diese Entwicklung war absehbar, aber die Prognosen wurden ignoriert. Familienpolitik ist noch immer ein Stiefkind in der Politik. So galt lange Zeit der Ausspruch: „Kinder kriegen die Leute sowieso.“ (Adenauer) Dies ist nicht mehr der Fall. Immer mehr Menschen entscheiden sich für weniger oder gar keine Kinder. Die demographischen Veränderungen zeigen jedoch ihre vollen Auswirkungen immer erst nach 20 bis 30 Jahren.

Um gegenzusteuern helfen einfache Konzepte nicht. Familienpolitik ist äußerst komplex und Bedarf der Sicht der großen Zusammenhänge.

Die Frage nach der guten Hoffnung kann aber auch mit Ja beantwortet werden. Das Bewusstsein für das Thema Familien ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Familienpolitik ist ein neues Handlungsfeld und in manchen

Gemeinden, wird die Wichtigkeit der Familienpolitik bereits erkannt und Möglichkeiten des Handelns für und Stärken von Familien wahrgenommen. Herr Dr. Wüst plädierte in diesem Zusammenhang für die begriffliche Veränderung der Familienfreundlichkeit zur Familienorientierung. Es geht um die Gerechtigkeit für die Familien, Familienfreundlichkeit ist gut, aber zu wenig!

Die Menschen wünschen sich Familie und Kinder. Warum bekommen sie dann keine? Es ist wichtig die Bruchlinien in den Biographien der Menschen zu hinterfragen. Die Familie ist die kleine Welt, in der die große ihre Probe hält. Familien sind der Humus der Gesellschaft und die Gemeinden sind die Gärtner. Familie ist eine Daueraufgabe und sollte dezentralisiert werden. Es gibt immer wieder neue Themen und neue Spannungsfelder, die in der Gemeinde gelöst werden müssen. „Es braucht ein ganzes Dorf um ein Kind großzuziehen“ zitiert Herr Höffinger in diesem Zusammenhang ein afrikanisches Sprichwort.

Die Familie ist die kleinste politische Zelle. Alle politischen Bereiche und Ebenen in der Gemeinde sind für Familien relevant und gestalten den Lebensraum in der Gemeinde. Der Zusammenhalt zwischen den Geschlechtern und Generationen ist eine wichtige Dimension. Infrastruktur und finanzielle Mittel hat die Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Es gibt bereits viele Ideen und Projekte, wenn diese umgesetzt werden, dann würde dies Familien zu guter Hoffnung veranlassen können. Die beiden VertreterInnen der Gemeindeebene Michael Walter und Helga Schöngruber sind sich darin einig.

Seit Jahren ist bekannt, dass für Familien etwas getan werden muss. Die statistische Kinderzahl ist Umstände bedingt und nicht kulturbedingt. Ausländerinnen in der 2. Generation bekommen genauso wenige Kinder wie Inländerinnen. Wie werden sich die Menschen sozial und ökonomisch versorgen wenn die Hälfte der Menschen keine Kinder hat? Das Kinderkriegen kann man entscheiden, planen, verweigern. Heutzutage steht die Entscheidung für Familie gründen und Kinder kriegen im Wettbewerb zu anderen Bereichen wie Bildung, Reisen, Karriere. Es gibt immer mehr Lebensentwürfe, die nicht mehr mit Familie zu tun haben. Entscheiden sich Paare, Frauen aber doch für Kinder, glauben diese dann, dass sie die Verantwortung auch ganz alleine zu tragen haben. Die Gesellschaft lässt Familien allein. Wir brauchen eine Kultur des Miteinanders, und wir brauchen Überlegungen wie wir die Verantwortung für Kinder wieder gemeinsam, also gesamtgesellschaftlich mitbegleiten? Wir müssen uns klar werden, dass kein Kind zurückgelassen werden darf. Die Gesellschaft ist auf jedes Kind angewiesen plädiert Jacqueline Fehr.

Mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finanzielle Belastungen, Zukunftsunsicherheiten, Strassen, die von Kindern nicht mehr betreten werden können, ... sind nur einige Punkte, die den Familien das Leben schwer machen. Die Politik muss das Thema Familie mehr in die Mitte rücken. Familienagenden sollten nicht nur in einem Ministerium zu finden sein, sondern alle Ministerien sind aufgerufen sich um das Thema Familie zu kümmern. Arbeitsmarktpolitik, Verkehrspolitik, Bildungspolitik,... sind Bereiche, die maßgeblich das Familienleben beeinflussen.

Kinderbetreuung, Schülerbetreuung, Elternbildung, Informationen für die Familien in allen Bereichen und ein klares Bekenntnis für die Familien sind Handlungsfelder für die Kommunen, die sie auch ohne größeren finanziellen Aufwand leisten können.

Auch die Medien können zum Bild der Familie beitragen.

Wenn Unternehmen auf die Bedürfnisse der Familien eingehen, sind die MitarbeiterInnen motivierter. Familienfreundlichkeit bringt nicht nur den Familien etwas sondern auch den Unternehmen selbst. Manche Gemeinden haben den Weg der Familienorientierung bereits eingeschlagen und profitieren davon. Kommunale Familienpolitik ist unterschiedlich zu gestalten und hat sich an den Bedürfnissen der Familien im Ort zu orientieren. D.h. die BürgerInnen, Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder sind in Entscheidungen einzubinden. Dies fördert den Kontakt zwischen den Familien und bewirkt ein positiveres Klima. Frau Dr. Angelika Schiebel weist in diesem Zusammenhang auch auf das bundesweite Audit für Gemeinden hin.

Welchen Handlungsbedarf für Gegenwart und Zukunft leiten Sie daraus ab?

- Es gibt in manchen Gemeinden bereits sehr gute familienpolitische Beispiele – Lernen wir von den guten Beispielen.
Dabei ist ganz zentral, dass es von einer Politik für Familien zu einer Politik mit Familien, d.h. zur Beteiligung aller Personen kommt.
- Demographische Entwicklungen gehören gezielt analysiert und beachtet und einzelne Fragen und Problemkreise genauer unter die Lupe genommen.
- Männer gehören vermehrt und intensiver in das Thema eingebunden und zur Übernahme von Verantwortung bewegt.
- Wie können wir das Bewusstsein zu einer frühen Geburt stärken? Z.B.: Studierenden das Studium mit einem Kind ermöglichen und erleichtern.
- Wir brauchen Nachbarschaftshilfe, deshalb ist es wichtig, soziale Netzwerke zu stärken und in der Gemeinde ein „WIR-Gefühl“ zu schaffen.
- Familie und Kinder sind in die Mitte unserer Aufmerksamkeit zu rücken.
- Wichtige Themen sind Nahversorgung, Spielplätze, Siedlungsgestaltung, Verknüpfung bestehender Angebote, Integration von Migrationsfamilien, Abbau von Spannungen.
- Qualitätsvolle Kinderbetreuung beinhaltet Bildung, Erziehung und Betreuung und muss gewährleistet sein.
- Individuelle Lösungen können nur vor Ort gefunden werden.
- Integrativ geschnürte Maßnahmen-Bündel sind notwendig ,wie sie auch Max Wingen forderte.
- Wo können Kinder ungefährdet und frei spielen? Spielplatzgestaltung und beispielbare Gemeinde sind für Kinder wichtige Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung.

- ➔ Abenteuer Familie – wie können wir Familie wieder positiv darstellen? Auch in die Bewusstseinsbildung sind Investitionen zu planen.

Mit großem Engagement, Fachkenntnis und Leidenschaft für die Sache wurde das Kaminesgespräch geführt. Ein herzliches Danke an die DiskutantInnen und an das aufmerksame Publikum!

Lodere das Feuer für das Thema Familie hell.



Mit Kindern rechnen

Referat Jacqueline Fehr, Nationalrätin Winterthur, Schweiz

Was ist denn eine Familie?

Jeder Mensch ist Teil einer Familie. Und trotzdem oder gerade deshalb ist die Definition einer Familie schwierig. Die vorherrschende Form bleibt die Vater-Mutter-Kind(er)-Familie. Es haben sich aber auch neue Formen herausgebildet. Es gibt die Einelternfamilien (häufig auch Alleinerziehende genannt), es gibt die sogenannten Patchwork-Familien. Was ist denn diesen allen gemeinsam?

Die Schweizerische Bundesverfassung definiert die Familie in Artikel 41 folgendermaßen: „Familie (...) wird als eine primär in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern begründete soziale Gruppe eigener Art aufgefasst (...)“.

Als Zielgruppe einer fortschrittlichen Familienpolitik definiere ich die Familie als eine Haushaltsgemeinschaft von Erwachsenen mit Kinder und/oder Jugendlichen. Dies lässt bewusst die Anzahl Erwachsenen und Kinder offen, ebenso deren genaue Beziehung. So sind auch heutige Formen wie die Patchwork-Familie integriert.

Familie – zwischen Fakten und Mythen

Die Familie ist wohl auch deshalb schwierig zu definieren, weil der Begriff immer noch stark von Mythen geprägt ist. Die Familie als die kleinste Einheit unserer Gesellschaft ist eine Projektionsfläche für alle möglichen religiösen, ideologischen und politischen Wertvorstellungen. Gerade in der Politik stützt man sich deshalb oft auf die zur entsprechenden Weltsicht passenden Mythen, anstatt der Fakten Rechnung zu tragen. Man geht von der Einernährerfamilie aus, in der der Vater 100-prozentig im Beruf steht und die Familie von seinem Einkommen lebt, während die Mutter zuhause bei den Kindern bleibt. Zudem wird die Familie als reine Privatangelegenheit betrachtet, aus der sich der Staat rauszuhalten hat. Von Seiten des Staates wird die Familie primär als Kostengenerator betrachtet. Es muss ein Bildungs- sowie Freizeitangebot zur Verfügung gestellt werden. Schulen, Krippen, Spielplätze – all dies kostet.

Die Realität jedoch sieht komplett anders aus: Immer mehr Mütter sind berufstätig und widmen sich nicht ausschließlich dem Haushalt und der Familie. Die Scheidungsrate ist hoch und steigt weiter, in vielen Familien leben Vater und Mutter nicht mehr in einem gemeinsamen Haushalt. Viele Paare verzichten auf Kinder und gründen aus unterschiedlichen Gründen keine Familie, was zu einer Abnahme der Bevölkerung führt. Diejenigen, die Kinder haben, erbringen viele Leistungen, die vom Staat nicht honoriert werden. Die Familie ist eine der wichtigsten Leistungsträgerinnen in unserer Gesellschaft – und nicht primär ein öffentlicher Kostenfaktor.

Weshalb brauchen wir eine fortschrittliche Familienpolitik?

Diese Realität zeigt auf, warum wir eine Familienpolitik brauchen, eine fortschrittliche Familienpolitik, die sich nicht auf Mythen, sondern Fakten stützt. Familien brauchen einen Ausgleich für die Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, und für die Lasten, die sie übernehmen. Die Abnahme der Bevölkerung stellt unsere Sozialwerke vor eine demografische Herausforderung. Und nur durch eine Bildungspolitik, die sich an den heutigen Begebenheiten orientiert, kann Chancengleichheit möglich werden.

Ausgleich zwischen Lasten und Leistungen

Familien erbringen erhebliche Leistungen zugunsten der gesamten Gesellschaft. Durch das Aufziehen von Kindern leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau des gesellschaftlichen Humanvermögens, worunter die Gesamtheit der körperlichen, psychischen und geistigen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen eines Landes verstanden wird.

Berechnungen in der Schweiz haben gezeigt, dass die Kinderkosten zwischen 0 und 20 Jahren rund 800'000 Euro ausmachen. Dazu gehören sowohl direkte Kosten wie Anschaffungen als auch indirekte Kosten wie der Erwerbsausfall der Eltern durch Kinderbetreuung.

Gerade Familien sind heute stark armutsgefährdet. Kinder haben ist in der Schweiz das größte Armutsrisiko. Die sogenannten Working Poor, Menschen also, die trotz 100-prozentiger Arbeit weniger als das Existenzminimum verdienen, finden sich überdurchschnittlich häufig in Familien. Während in der Schweiz im Jahr 1999 nur 3.2% der Paare ohne Kinder unter dem Existenzminimum lebten, sind es bei Paaren mit drei und mehr Kindern 18.0%, bei Alleinerziehenden gar 29.2%.

Auch die Berufschancen für die Teilzeit arbeitenden Eltern, also vornehmlich der Frauen sind auf Grund der Kinder massiv eingeschränkt. Der Anstieg an unbezahlter Arbeit durch die Anwesenheit von Kindern wird zu einem wesentlichen Teil von den Frauen übernommen, was mit einer Reduktion der bezahlten Arbeit einhergeht. Die Karrierechancen dieser Frauen werden durch die Teilzeit-Arbeit und/oder die nicht durchgehende Berufstätigkeit verringert. Zahlen der Schweizerischen Volkszählung im Jahr 2000 zeigen, dass 80% der Schweizer Väter Vollzeit erwerbstätig sind und nur 11.5% einer Teilzeit-Tätigkeit nachgehen. Bei den Frauen zeigt sich ein komplett anderes Bild: nur 20% sind voll erwerbstätig, ca. 55% befinden sich in Teilzeit-Arbeit, während ca. 20% nicht erwerbstätig sind (Bundesamt für Statistik (2005a)).

Die Lasten der Familien sind also mannigfaltig und werden immer noch überwiegend von den Frauen getragen.

Demografische Entwicklung

Diese Konsequenzen sind viele Frauen heute nicht mehr bereit zu tragen. Nach einer guten Ausbildung wollen sie ihre Erwerbsarbeit nicht für die Familie aufgeben. Da es weitgehend an Institutionen fehlt, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, verzichten die Frauen auf Kinder: Die Geburtenrate sinkt. Während eine Schweizer Frau im Jahr 1960 noch 2.4 Kinder zur Welt brachte, sind es heute noch 1.5 – zur Stabilisierung der Bevölkerung bräuchte es jedoch 2.1. Drei von zehn Frauen bleiben kinderlos, bei den Akademikerinnen sind es gar vier von zehn. Fragt man die Frauen jedoch nach ihren Wünschen, dann geben auch Frauen mit Tertiärausbildung im Durchschnitt 2.2 Kinder an – realisiert werden jedoch nur 0.9 (Bundesamt für Statistik, 1998).

Diese Entwicklung führt auch zu einer steigenden Anzahl Einzelkinder. Heute sind knapp vier von zehn Kindern Einzelkinder.

Bildungspolitische Herausforderung

Bildung ist der wichtigste Rohstoff vieler Gesellschaften Europas. In der PISA-Studie zeigt sich, dass die Leistungen in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich ausfallen. Insbesondere Kinder aus sozial schwachen Familien zeigen schwache schulische Leistungen – die Chance auf Aufstieg durch gute Bildung ist für diese Kinder nur gering.

Das Erziehungsumfeld wird sowohl für Eltern als auch für Lehrpersonen immer schwieriger. Die wachsenden Freiheiten bringen auch eine Orientierungslosigkeit mit sich. Die Bücherregale sind voll von Erziehungsratgebern, und doch wächst die Unsicherheit. Die Vorstellungen über eine gute Erziehung sind unterschiedlich und unterliegen einem ständigen Wandel. Bei der Frage, welche Grundsätze in der Erziehung sie verfolgen, fühlen sich viele Eltern und Lehrpersonen überfordert.

Zudem wird auch der Lebensraum und Erlebnisraum für Kinder kleiner. Der häufig starke Verkehr gerade auch in Wohnquartieren, die wenigen unbebauten Flächen und enge und hellhörige Wohnungen tragen dazu bei, dass Kinder wenig Raum haben, um ihre eigenständigen Erfahrungen zu machen. Diese Umgebung wirkt sich nachweislich auch auf die schulische Leistung der Kinder aus. Zum Beispiel wird das logische Denken der Kinder durch selbständiges Erfahren und Erkunden von Räumen geschult. Wenn diese freien Räume fehlen, wird diese spielerische Schulung des Denkens verhindert.

Ziele einer fortschrittlichen Familienpolitik

Demografische Entwicklung

- Sinkende Geburtenrate (CH: 1,5 Kinder pro Frau, zur Stabilisierung der Bevölkerung bräuchte es 2,1 Kinder; 1960 waren es noch 2,4 Kinder), Tendenz weiter sinkend!
- Steigende Zahl von Einzelkindern (knapp 4 von 10 Kinder sind Einzelkinder)
- Steigende Zahl kinderloser Frauen: 3 von 10 Frauen bleiben kinderlos, bei den Akademikerinnen sind es 4 von 10.

Eine fortschrittliche Familienpolitik muss also auf drei Säulen aufgebaut sein. Erstens braucht es eine Stärkung der Familien in der Arbeitswelt um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Zweitens braucht es eine finanzielle Stärkung der Familien. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Drittens braucht es eine Stärkung der Familien in ihrem Lebensumfeld um den heranwachsenden Menschen einen Ort zum Spielen und Entdecken zu garantieren.

Diese drei Säulen führen in ihrer Gesamtheit zu einer Stärkung der Chancengleichheit. Den Weg, den die Kinder in ihrem Leben gehen werden, soll nicht primär von der sozialen Stellung ihrer Eltern geprägt sein. Alle Kinder haben ein Anrecht auf gleiche Chancen in unserer Gesellschaft.

Schauen wir uns an, was diese drei Säulen im Einzelnen bedeuten. Was muss konkret realisiert werden um Chancengleichheit zu ermöglichen?

Stärkung der Familien in der Arbeitswelt

Der heutige Alltag von Familien ist geprägt von großer Distanz zwischen der Arbeits- und der Familienwelt. Zwischen den beiden Welten herrscht viel zu häufig eine eigentliche Konkurrenz an Stelle einer gegenseitigen Ergänzung. Es gibt wenige Firmen, die gleich intern Kinderbetreuungsangebote machen und so etwas zur Annäherung der beiden Lebenswelten beitragen. Auch außerhalb der Firmen sind die Einrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht in ausreichendem Maß zu finden. Dies führt dazu, dass Eltern und insbesondere Frauen stark überdurchschnittlich Teilzeit tätig sind und deshalb nur geringe Aufstiegschancen und nur wenige Weiterbildungsmöglichkeiten haben und somit im Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt sind.

Dieses Aufeinanderprallen der beiden Welten führt volkswirtschaftlich zu einer schlechten Nutzung der Ressourcen und betriebswirtschaftlich zu hohen Kosten. Die Ausbildung der Frauen könnte weit stärker in Produktivität umgesetzt werden, wenn Familie und Beruf besser vereinbar wären. Die hohen Fluktuationen durch Familiengründung und Geburten verursachen hohe betriebsinterne Kosten und die starke Belastung der Eltern durch die häufig unbefriedigend gelöste Kinderbetreuung schränkt sie in ihrem Potenzial ein.

Egal aus welchem Winkel man schaut – sei es aus Sicht der Volkswirtschaft, des Unternehmensmanagements, aus dem Blickwinkel der Kinder oder der Eltern – die Konkurrenz der Arbeits- und Familienwelt muss überwunden werden und eine Vereinbarkeit für Familie und Beruf für beide Elternteile möglich sein. Der Weg dorthin ist gehbar, es braucht jedoch einige gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuerungen.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es

Stärkung der Familien in der Arbeitswelt

Forderungen:

- Bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen (Kindertagesstätten, Ganztageschulen usw.)
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- familienfreundliche Arbeitszeiten
- Eltern- und Erziehungsurlaub
- Individualbesteuerung und gezielte Entlastungen für mittlere und untere Einkommen
- Zertifizierung von familienfreundlichen Unternehmen (Beruf und Familien GmbH)

- ... ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden *Betreuungsplätzen*. Dazu gehören sowohl Kindertagesstätten, als auch Ganztageschulen und Tagesfamilien. Ein Angebot, das jeder Familie erlaubt, das für sie passende Modell zu realisieren.
- ... den *gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit*. Gerade typische Frauenberufe wie beispielsweise die Pflegeberufe sind deutlich schlechter bezahlt wie gleichwertige, primär von Männern ausgeführte Berufe. Der Lohnunterschied im privaten Sektor in der Schweiz beträgt 2002 bei Betrachtung des standardisierten monatlichen Bruttolohns 20.9% (Frauen: 4586 CHF, Männer 5796 CHF) (Bundesamt für Statistik, 2005b). Nur bei gleicher Bezahlung haben die Frauen dieselbe Verhandlungsposition innerhalb der Familie. Denn bei dem Entscheid, wer wie viel seiner Erwerbsarbeit zu Gunsten der Familie aufgibt, spielt der Lohn eine wesentliche Rolle.
- ... *familienfreundliche Arbeitszeiten*. Eine Studie der amerikanischen Familienforscherin Ellen Galinsky hat gezeigt, dass für die Kinder entscheidend ist, dass die Eltern dann für sie da sind, wenn sie sie brauchen (Galinsky (2000)). Natürlich wissen alle Eltern, dass nicht planbar ist, wann die Kinder die Eltern brauchen. Deshalb braucht es eine Möglichkeit der flexiblen Arbeitszeit. Es braucht aber auch eine Konzentration der Arbeitszeit auf diejenige Tageszeit, in denen die Kinder anderweitig betreut werden und sie deshalb die Eltern nicht vordringlich brauchen.
- ... einen *garantierten Eltern- und Erziehungsurlaub*. Um der Geburt des Kindes den gebührenden Raum zu geben und die ersten Bindungen der Eltern und des Kindes ohne beruflichen Stress zu ermöglichen, braucht es eine Auszeit für die Eltern. Und dies nicht nur für die Mutter, die noch aus medizinischen Gründen tatsächlich nicht arbeiten kann, sondern auch für den Vater, der von Beginn weg mehr als eine Statistenrolle im Familienleben übernimmt. Schweden zum Beispiel kennt einen Elternurlaub von 480 Tagen, wobei je 60 Tage für die Mutter und den Vater reserviert sind und nicht auf den anderen Teil übertragen werden können.
- ... die *Individualbesteuerung* an Stelle der Ehepaarbesteuerung und gezielte *Entlastung für mittlere und untere Einkommen*. Bei der Individualbesteuerung wird verhindert, dass die Familie auf Grund der Erwerbstätigkeit des zweiten Elternteils, in den allermeisten Fällen der Frau, in eine höhere Progressionsstufe rutscht und sich das Zusatzeinkommen finanziell gar nicht lohnt, weil es als Steuern wieder wegfließt. Doppelverdiener werden im Vergleich zu den Familien, die im klassischen Ernährermodell leben, benachteiligt. Jede Familie soll aber frei entscheiden können, wie sie sich organisieren möchte und wer wie viel berufstätig ist.
- ... *Zertifizierung von familienfreundlichen Unternehmen*. In Deutschland wurde im Auftrag der gemeinnützigen Hertie-Stiftung ein Managementtool entwickelt, das Fragen rund um Beruf und Familie angeht. Mit dem daraus entstandenen Audit „Beruf&Familie®“ werden Firmen und Abteilungen der öffentlichen Verwaltungen hinsichtlich ihrer Familienfreundlichkeit überprüft.

Finanzielle Stärkung der Familien

Um zu verhindern, dass Kinder weiterhin eines der größten Armutsrisiken bleiben, braucht es eine Stärkung der finanziellen Situation der Familien. Dies geschieht über zwei Instrumente:

- Ein *Kindergeld* stellt eine Grundsicherung dar. Mittels Kinderzulagen und/oder Steuergutschriften werden die minimalen Kinderkosten entgolten.
- Durch gezielte *Ergänzungen* werden einkommensschwache Familien finanziell unterstützt. Falls das Einkommen der Eltern nicht reicht, um den Existenzbedarf der Kinder zu decken, entsteht ein Recht auf Familien-Ergänzungszulagen.

Nur durch gezielte Leistungen wird verhindert, dass Kinder in Armut aufwachsen müssen. Ein Aufwachsen in Armut hat für das Kind verschiedene Konsequenzen, die längerfristig zu Missständen und auch Kosten führen, die durch eine finanzielle Unterstützung der Familie verhindert werden können.

Stärkung der Familien in ihrem Lebensumfeld

Der dritte und letzte Pfeiler einer fortschrittlichen Familienpolitik sorgt für Raum für die Kinder. Heute ist der Lebens- und Erfahrungsraum der Kinder stark eingeschränkt. Verkehr, dichte Überbauungen und kinderfeindliche Wohnsituationen führen zu einer starken Einschränkung des Gestaltungs- und Erlebensraumes der Kinder. Sie können sich nur an wenigen Orten ohne Aufsicht von Erwachsenen selbständig bewegen und werden so um wichtige eigenständige Erfahrungen gebracht. Dazu kommt die steigende Anzahl von Einkinderfamilien und die starke Individualisierung der Gesellschaft, was den Austausch mit anderen Kindern häufig erschwert. Es braucht deshalb

- eine Unterstützung und Vernetzung der bisherigen Angebote im Bereich der Erziehungsunterstützung (Mütter- und Väterberatung, Spielgruppen, Elternbildung etc.).
- eine natürliche Gestaltung der Lebensräume, die den Kindern Platz zum Spielen und Erforschen lässt.
- eine gezielte Ausrichtung der Angebote auf neue Zielgruppen wie beispielsweise Migrationsfamilien, Väter, sozial instabile Haushalte, usw. .

Zentral ist dabei das vernetzte und koordinierte Vorgehen mehrerer Akteure. In diesem Zusammenhang sind zwei Projekte aus Deutschland speziell erwähnenswert:

Projekt Kinderstadt

Gemeinden erhalten ein Label, das sie als besonders kinder- und familienfreundlich auszeichnet. Mit der Bewerbung um das Label verpflichten sich die Gemeinden, ihr Angebot für Kinder und Familien ständig zu überprüfen und gemäss den Bedürfnissen auszubauen. Aus diesem Grund erfolgt der Einstieg der Gemeinden in dieses Kinderstadt-Programm relativ niederschwellig. Sie müssen also nicht einen bestimmten Standard ab sofort erfüllen, vielmehr verpflichten die Gemeinden sich, ihre familien-, kinder- und jugendspezifischen Angebote zu koordinieren und zu vernetzen und diese dann gezielt und bedarfsorientiert auszubauen. Um das Label behalten zu können, müssen sie gemäss diesem Prozess immer höhere Anforderungen erfüllen.

Projekt Lokale Bündnisse

www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Die Interessengruppen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft vernetzen sich und stimmen ihr Angebot gegenseitig ab. Sie bauen gemeinsam auf Bestehendes auf und schließen die Lücken. Dabei ist das Ziel, die Institutionen und Strukturen nahe bei den Leuten aufzubauen.

Fazit

Fazit

- Moderne Staaten brauchen aus sozial-, demografie- und bildungspolitischen Gründen eine familienpolitische Offensive.
- Dabei sollen Familien in der Arbeitswelt, finanziell und in ihrem direkten Lebensumfeld gestärkt werden.
- Dazu braucht es nicht in erster Linie mehr Geld, sondern gezieltere Instrumente und bessere Rahmenbedingungen (gezielter Umbau und Investitionen, statt ungezielte Transferleistungen und unkoordinierte Angebote)

Wenn wir die zahlreichen Mythen und Ideologien, die sich um die Familie räkeln, weglassen und stattdessen einen Blick auf die Fakten werfen, wird rasch klar: Eine moderne Gesellschaft braucht eine fortschrittliche Familienpolitik. Es braucht sie aus volks- und betriebswirtschaftlichen Gründen, es braucht sie aus dem Blickwinkel der Eltern und der Kinder, es braucht sie, weil sowohl Wirtschaftswachstum als auch Chancengleichheit ihr Ziel sind. Ein Blick auf die verschiedenen Politikfelder und ihre Herausforderungen zeigt: Moderne Staaten brauchen auch aus sozial-, demografie- und bildungspolitischen Gründen eine familienpolitische Offensive.

Wie diese Offensive aussehen muss, wird bei Betrachtung der Fakten ebenso rasch klar. Erstens müssen die zwei Welten Familie und Arbeit vereinbar werden. Es braucht Institutionen, die das Einhergehen von Beruf und Familie ermöglichen. Die Instrumente hierzu reichen von Betreuungsangeboten und Firmenzertifizierung bis zur Individualbesteuerung. Eine breite Offensive ist gefragt.

Zweitens braucht es eine finanzielle Sicherung, die verhindert, dass Kinder zu einem Armutsrisiko werden. Ein Kindergeld sichert die Grundbedürfnisse, Ergänzungsleistungen verhindern ein Leben unter dem Existenzminimum.

Drittens braucht es wieder Gestaltungs- und Erlebensräume für die Kinder. Ihr Lebensraum darf nicht weiter von Verkehr und hellhörigen Wohnungen eingeschränkt werden. Eine Vernetzung der unterschiedlichen Akteure erlaubt einen gezielten und an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausgerichteten Ausbau der Angebote und Lebensräume für Kinder und Familien.

Für all diese Maßnahmen braucht es nicht in erster Linie mehr Geld, sondern angepasste Instrumente und bessere Rahmenbedingungen. Bauen wir unsere Strukturen gezielter um und investieren wir in bedarfsgerechte Institutionen, anstatt weiter ungezielte Transferleistungen auszurichten und unkoordinierte Angebote zu realisieren.

Quellen

Bundesamt für Statistik (1998): Mikrozensus Familie in der Schweiz, Bern.

Bundesamt für Statistik (2005a): Eidgenössische Volkszählung 2000. Fortschritte und Stagnation in der Gleichstellung der Geschlechter 1970-2000, Neuchâtel.

Bundesamt für Statistik (2005b): Kennzahlen Gleichstellung. Löhne in der Privatwirtschaft. Laufend aktualisiert unter:
http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/einkommen_und_lebensqualitaet/gleichstellung/blank/kennzahlen0/loehne/privatwirtschaft.html

Galinsky, Ellen (2000): Ask the Children, Quill Press, USA.

Streuli, Elisa; Bauer, Tobias (2002): Working Poor in der Schweiz, Bundesamt für Statistik, Neuenburg.



Der demographische Wandel und die Auswirkungen auf österreichische Städte und Gemeinden

Rudolf Karl Schipfer



Österreichisches Institut für Familienforschung
Austrian Institute for Family Studies

Einleitung

Der Geburtenrückgang und der schon seit langer Zeit laufende gravierende Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung wird in Österreich hauptsächlich als Problem für Pensionssicherung, Gesundheitssystem und Altenbetreuung wahrgenommen. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur wirkt sich aber nicht nur in diesen speziellen Bereichen der sozialen Sicherheit durch Finanzierungsprobleme aus. Der Wandel wirkt auf alle Lebensbereiche.

Für die Städte und Gemeinden bedeuten die Änderungen des reproduktiven Verhaltens für die Zukunft Überalterung und Unterjüngung, mehr Singles und mehr Kinderlose, mehr Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen bzw. Behinderungen. Hinzu kommt ein steigender Migrantanteil in allen Altersgruppen.

Die Auswirkungen des Geburtenrückgangs und der damit verbundenen mittelfristigen Bevölkerungsschrumpfung auf die unmittelbare Lebensumgebung der Menschen in Städten und Gemeinden geraten zusehends stärker ins Blickfeld. Der demographische Wandel wird auf kommunaler Ebene beispielsweise Auswirkungen auf Wohnungsmarkt, Infrastruktur, Finanzen, Arbeitsmarkt und Wirtschaft haben. Damit verändern sich auch die finanziellen Ressourcen und der Handlungsspielraum und das bringt neue bzw. zusätzliche Herausforderungen für die Kommunen.

Bevölkerungsentwicklung in Österreich

Demographischer Wandel

Als „demographischen Wandel“ bezeichnet man die nachhaltige Änderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Einem steigenden Anteil älterer Menschen steht ein sinkender Anteil jüngerer Menschen gegenüber. Dieser Trend ist aber kein Österreichspezifikum, sondern betrifft nahezu alle hoch entwickelten Industrieländer. Das Phänomen des Geburtenrückgangs ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachten. Man unterscheidet dabei zwei demographische Übergänge:

- Der erste demographische Übergang führte zur Reduzierung der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau von etwa fünf auf etwa zwei Kinder.
- Beim zweiten demographischen Übergang, der in den 1960er Jahren einsetzte, sank die Kinderzahl unter das Bestandserhaltungsniveau von etwa zwei Kindern pro Frau.

In Österreich zum Beispiel halbierte sich zwischen 1900 und 1928 die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau von vier auf zwei Kinder. Mitte der 1930er Jahre lag die Gesamtfertilitätsrate bereits bei ca. 1,5 Kindern pro Frau.

Lediglich in der so genannten „Baby-Boom-Phase“ in den 1960er Jahren lag die Fertilität wieder deutlich über der bestandserhaltenden Fertilitätsrate von zwei Kindern pro Frau.

Bevölkerungsveränderungen sind das Resultat aus dem Zusammenwirken dreier Faktoren:

- aktuelle Bevölkerungsstruktur (Verteilung der Altersgruppen)
- natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle)
- räumliche Bevölkerungsbewegung (Zuwanderung und Abwanderung)

Diese drei Faktoren bestimmen in Summe Umfang, Richtung und Tempo der Bevölkerungsentwicklung und damit auch der Bevölkerungsstruktur. Zusammengefasst sieht es für Österreich so aus, dass mittelfristig kein Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist. Ganz im Gegenteil, in den nächsten 20 Jahren wird die Einwohnerzahl noch steigen. Dramatisch ist hingegen bereits jetzt die Veränderung der Altersstruktur.

Veränderung der Bevölkerungsstruktur

Die Anteile der unter 15-Jährigen werden stark sinken, die Anteile der Altersgruppe der über 60-Jährigen – und dabei speziell der über 75-Jährigen – werden stark ansteigen. Dazu wird die Altersgruppe der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 60 langfristig um 10 Prozent abnehmen. Parallel zu dieser Entwicklung steigt auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung von zur Zeit 40,6 auf über 48 Jahre ab der Mitte des Jahrhunderts.

Jahr	Bevölkerung insgesamt	0 bis unter 15 Jahre		15 bis unter 60 Jahre		60 und mehr Jahre		Durchschnittsalter in Jahren
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
2005	8,131.354	1,298.421	16,0	5,032.604	61,9	1,800.329	22,1	40,6
2010	8,255.368	1,214.576	14,7	5,112.440	61,9	1,928.352	23,4	41,7
2015	8,347.927	1,174.297	14,1	5,120.675	61,3	2,052.955	24,6	42,7
2020	8,400.920	1,156.808	13,8	5,002.745	59,5	2,241.367	26,7	43,7
2025	8,425.533	1,140.076	13,5	4,799.706	57,0	2,485.751	29,5	44,6
2030	8,420.812	1,111.997	13,2	4,609.085	54,7	2,699.730	32,1	45,6
2035	8,385.998	1,073.835	12,8	4,501.664	53,7	2,810.499	33,5	46,4
2040	8,329.468	1,037.509	12,5	4,431.956	53,2	2,860.003	34,3	47,2
2045	8,254.699	1,011.566	12,3	4,329.450	52,4	2,913.683	35,3	47,8
2050	8,162.695	995.590	12,2	4,226.886	51,8	2,940.219	36,0	48,2
2055	8,044.985	983.417	12,2	4,121.424	51,2	2,940.144	36,5	48,4
2060	7,907.122	969.716	12,3	4,048.188	51,2	2,889.218	36,5	48,4
2065	7,772.562	953.585	12,3	3,994.378	51,4	2,824.599	36,3	48,3
2070	7,651.316	937.557	12,3	3,947.419	51,6	2,766.340	36,2	48,3
2075	7,539.932	924.512	12,3	3,900.170	51,7	2,715.250	36,0	48,2

Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante

Für die Städte und Gemeinden sind die zahlenmäßigen Veränderungen der Kindergartenkinder, der Schüler und der Hochbetagten von besonderer Bedeutung. Gerade die für diese Altersgruppen nötigen Infrastrukturen (Betreuungsangebote, Schulen u.ä.) sind primäre Handlungsfelder der Kommunen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Prognosen für diese Bevölkerungsgruppen.

Jahr	Kinder- gartenalter	Volks- schulalter	Hauptschul- und AHS- Unterstufen- alter	Betagte und Hochbetagte
	3-5 Jahre	6-9 Jahre	10-13 Jahre	80 u.m. Jahre
2005	237.336	346.253	383.874	351.322
2010	232.226	320.746	343.373	396.301
2015	228.538	311.731	326.223	412.091
2020	227.905	308.553	316.082	460.869
2025	223.923	306.568	313.661	532.481
2030	215.597	299.325	310.831	589.861
2035	206.660	287.536	302.402	642.846
2040	200.349	276.649	290.546	738.305
2045	196.860	269.590	280.480	865.104
2050	194.818	265.806	274.322	958.838
2055	192.634	263.270	271.017	964.760
2060	189.190	259.908	268.525	924.572
2065	185.532	255.202	264.872	909.674
2070	182.490	250.582	260.154	903.932
2075	180.353	246.960	255.769	905.801

Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante

Geburtenentwicklung

Die Geburtenzahlen werden in den kommenden 50 Jahren kontinuierlich zurückgehen. Dieser deutliche Geburtenrückgang ist eine Folge der zahlenmäßigen immer schwächeren Besetzung der Elterngenerationen („demographischer Echoeffekt“). Die Zahl potentieller Mütter sinkt ab: Im Jahr 2001 gab es noch 1,73 Mio. Frauen im reproduktiven Alter zwischen 15 und 45 Jahren, 2030 werden es aber nur mehr 1,45 Mio. sein. Selbst bei konstanten Fertilitätsraten pro Frau werden somit die Geburtenzahlen zurückgehen.

Jahr	Geburten				Geburtenbilanz (Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen)	
	absolut	auf 1.000 Ein- wohner	Gesamt- fertilitäts- rate	durch- schnittl. Fertilitäts- alter	absolut	auf 1.000 Ein- wohner
2001	75.458	9,4	1,33	28,4	691	0,1
2002	78.399	9,7	1,40	28,5	2.268	0,3
2003	77.353	9,6	1,40	28,6	992	0,1
2004	76.423	9,4	1,40	28,7	-225	0,0
2005	75.652	9,3	1,40	28,8	-1.392	-0,2
2010	74.243	9,0	1,40	29,2	-5.540	-0,7
2015	74.419	8,9	1,40	29,5	-8.305	-1,0
2020	73.409	8,7	1,40	29,7	-1.364	-1,4
2025	70.680	8,4	1,40	30,0	-16.517	-2,0
2030	67.567	8,0	1,40	30,2	-23.116	-2,7
2035	65.283	7,8	1,40	30,4	-29.045	-3,5
2040	64.015	7,7	1,40	30,6	-33.679	-4,0
2045	63.295	7,7	1,40	30,8	-38.282	-4,6
2050	62.590	7,7	1,40	31,0	-42.308	-5,2
2055	61.408	7,6	1,40	31,0	-49.964	-6,2
2060	60.127	7,6	1,40	31,0	-52.321	-6,6
2065	59.040	7,6	1,40	31,0	-50.961	-6,6
2070	58.273	7,6	1,40	31,0	-49.120	-6,4
2075	57.739	7,7	1,40	31,0	-48.441	-6,4

Quelle: Statistik Austria Bevölkerungsprognose 2003, mittlere Variante

Entwicklungen in den Bundesländern

Die Bevölkerung des gesamten Bundesgebietes wird laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (mittlere Variante) in den kommenden 30 Jahren noch weiter wachsen. Regional sind allerdings unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten. Parallel zu Bundesländern mit Bevölkerungswachstum wird es solche mit Bevölkerungsrückgang geben. Neben den drei westlichen Bundesländern Vorarlberg, Tirol und Salzburg haben auch Wien und Niederösterreich noch kräftige Bevölkerungszuwächse zu erwarten. In Oberösterreich werden die Zuwächse etwas geringer ausfallen, während die Bevölkerungszahl des Burgenlandes stagniert. In der Steiermark und in Kärnten werden bereits kurzfristig Rückgänge zu verzeichnen sein.

Regionale Unterschiede

Der Altenabhängigkeitsquotient – er bezeichnet das Verhältnis von wirtschaftlich abhängigen Altersgruppen (in diesem Fall der über 65-Jährigen) von der 20- bis 64-jährigen Erwerbsbevölkerung – zeigt für die letzten 35 Jahre unterschiedliche Entwicklungen bei der demographischen Alterung: 1971 war der Osten Österreichs durch einen relativ hohen Alterungsgrad gekennzeichnet. Sehr hohe Anteilswerte verzeichneten die nördlichen Grenzregionen Niederösterreichs sowie

die Innenstadt- und Westbezirke Wiens. Die Regionen im Westen Österreichs wiesen dagegen niedrigere Altenabhängigkeitsquotienten auf. 2001, drei Jahrzehnte später, waren die Disparitäten demographischer Alterung regional differenzierter. Bestimmte Regionen und Bezirke (Gmünd, Hollabrunn, Waidhofen an der Thaya und Zwettl; Güssing, Jennersdorf und Oberpullendorf; Bruck an der Mur, Judenburg, Leoben und Mürzzuschlag), die in der Vergangenheit durch negative Geburtenbilanzen und Binnenwanderungsverluste gekennzeichnet waren, wiesen einen überdurchschnittlich hohen Altenabhängigkeitsquotienten auf. Auch in den Landeshauptstädten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck war der Altenabhängigkeitsquotient im Jahr 2001 sehr hoch. Dagegen verringerte sich der Altenabhängigkeitsquotient in den Umlandgebieten von Wien, wie etwa in Korneuburg, Mistelbach, Mödling und Tulln. Diese Entwicklung weist auf die Attraktivität der Umlandregionen hin, die in den letzten Jahren Binnenwanderungsgewinne aus den Städten zu verzeichnen hatten.

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern lässt sich auch anhand der Entwicklung der Haushaltsgrößen ablesen. Dabei wird deutlich, dass bis 2031 die Einpersonenhaushalte stark zunehmen und die Haushalte mit vier oder mehr Personen stark abnehmen werden.

Bundesland	Bevölkerung in Privathaushalten nach der Haushaltsgröße														
	Indexwerte (2001=100)														
	2011					2021					2031				
	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+
Österreich	103	116	108	105	95	104	130	113	106	90	104	136	119	107	84
Burgenland	101	112	112	103	92	101	123	118	104	86	100	133	127	104	79
Kärnten	99	117	111	100	87	97	132	118	98	76	94	136	122	95	67
Niederösterreich	104	114	108	105	97	106	128	113	108	94	107	136	119	110	90
Oberösterreich	103	118	115	107	91	104	135	126	110	82	104	142	134	111	75
Salzburg	104	117	115	107	94	106	132	126	110	87	106	139	135	111	80
Steiermark	100	115	111	102	89	99	129	115	101	81	97	132	117	98	75
Tirol	106	123	121	111	94	110	144	138	116	88	112	154	151	119	81
Vorarlberg	106	128	123	112	91	110	155	143	118	81	111	166	154	120	76
Wien	104	111	92	102	113	107	124	86	101	119	107	127	89	102	115

Quelle: ÖROK-Prognosen 2005, p 110f

Die Bevölkerungsentwicklung unterhalb der Bundesländerebene lässt sich durch Betrachtung der Regionen der dritten Ebene der NUTS-Gliederung erkennen.¹ Hier zeigt sich, dass die nachteilige Entwicklung in manchen Regionen in der jüngeren Vergangenheit auch in den nächsten 30 Jahren weitergehen wird.

NUTS 3-Regionen	Bevölkerung in Privathaushalten nach Haushaltsgröße														
	Indexwerte (2001=100)														
	2011					2021					2031				
	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+	insg.	1	2	3	4+

¹ NUTS („Nomenclature des unit's territoriales statistiques“) ist eine dreigliedrige europaweite statistische Gebietseinheiten-Systematik.
Ebene NUTS 1: Ostösterr. (Bgl., NÖ, Wien), Südösterr. (Ktn., Stmk.) und Westösterr. (OÖ, Sbg., Tirol, Vbg.)
Ebene NUTS 2: die neun Bundesländer
Ebene NUTS 3: 35 Einheiten, bestehend aus einem oder mehreren polit. Bezirken, Gerichtsbezirken, bzw. auch einzelnen Gemeinden, während Wien ungeteilt ist. – vgl. Statistik Austria (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 2005. Wien 2004. p 482

Mittelburgenland	99	110	115	104	88	99	119	122	106	81	98	128	132	107	73
Nordburgenland	103	113	110	104	96	105	124	116	105	94	106	134	124	106	89
Südburgenland	98	113	114	102	88	96	124	121	101	78	94	133	131	99	69
Mostviertel-Eisenwurzen	100	119	107	104	94	99	136	113	107	86	97	149	125	110	75
Niederösterreich-Süd	103	111	107	104	97	105	122	112	106	94	106	127	117	107	91
Sankt Pölten	103	113	107	104	98	105	125	111	105	96	106	132	115	107	92
Waldviertel	99	111	106	102	91	97	120	109	101	83	94	125	115	101	74
Weinviertel	102	112	106	104	96	104	125	111	106	93	105	135	120	110	87
Wiener Umland-Nord	109	121	110	108	104	115	142	118	114	107	120	155	125	119	108
Wiener Umland-Süd	106	113	109	105	101	110	126	113	109	103	113	131	114	110	106
Wien	104	111	92	102	113	107	124	86	101	119	107	127	89	102	115
Klagenfurt-Villach	101	115	113	100	88	101	127	121	97	78	99	128	123	95	74
Oberkärnten	97	122	108	101	87	94	142	113	99	75	90	149	122	97	63
Unterkärnten	97	120	109	100	85	93	137	115	97	73	89	143	122	93	63
Graz	104	111	114	104	93	106	120	121	105	90	107	119	120	105	92
Liezen	98	117	110	101	87	95	131	112	97	79	92	135	116	93	70
Östliche Obersteiermark	95	108	100	93	85	89	111	93	85	78	83	107	90	78	71
Oststeiermark	100	131	116	107	89	98	162	126	109	80	96	183	138	109	70
West- und Südsteiermark	101	124	115	105	89	101	148	125	104	80	99	161	132	102	73
Westl. Obersteiermark	96	114	107	99	84	90	125	107	94	72	85	127	109	88	62
Innviertel	102	123	119	108	89	103	145	134	112	79	102	159	148	113	69
Linz-Wels	104	114	113	104	93	106	126	121	106	88	107	128	123	108	86
Mühlviertel	103	130	120	112	91	104	162	139	120	81	103	184	159	125	70
Steyr-Kirchdorf	101	117	114	106	90	102	133	125	109	79	101	139	132	110	72
Traunviertel	101	120	114	105	89	102	138	126	107	79	101	145	135	107	70
Lungau	99	130	120	110	86	96	160	138	114	72	92	182	159	113	58
Pinzgau-Pongau	104	124	114	107	94	105	147	125	111	86	104	161	140	112	76
Salzburg und Umgebung	105	114	116	107	95	108	127	126	110	89	109	131	133	111	85
Außerfern	106	129	122	112	93	110	155	141	118	85	111	169	161	120	77
Innsbruck	107	117	122	109	92	111	132	137	113	87	113	137	144	115	85
Osttirol	100	126	123	113	87	98	148	141	119	74	95	161	162	121	61
Tiroler Oberland	106	136	118	112	97	109	172	135	119	91	110	196	157	125	81
Tiroler Unterland	108	127	121	112	97	113	152	138	119	91	115	166	157	122	84
Bludenz-Bregenzer Wald	104	129	125	113	89	106	158	149	119	76	106	172	164	121	68
Rheintal-Bodensee	107	128	123	111	93	111	154	142	117	83	112	164	151	120	78

Quelle: ÖROK-Prognosen 2005, p 110f

Sehr weit gehen die Extremwerte bei der Entwicklung der Bezirke auseinander. Bei Betrachtung der Bezirke mit dem höchsten Bevölkerungszuwachs bzw. dem höchsten Bevölkerungsrückgang zeigt sich deutlich, dass besonders die Stadtumlandregionen weiterhin ein starkes Bevölkerungswachstum erwarten können.

Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Bezirken			
höchster Bevölkerungszuwachs bis 2031	Indexwert (2001=100)	höchster Bevölkerungsrückgang bis 2031	Indexwert (2001=100)
Wien 22., Donaustadt	135	Leoben	77
Wien 11., Simmering	129	Hermagor	83
Korneuburg	121	Judenburg	83
Wien Umgebung	120	Murau	84
Tulln	119	Gmünd	86
Innsbruck-Land	118	Mürzzuschlag	87
Gänserndorf	118	Zwettl	87
Kufstein	118	St. Veit a. d. Glan	88
Schwaz	117	Bruck a. d. Mur	88
Urfahr-Umgebung	115	Wolfsberg	88
Graz-Umgebung	115	Knittelfeld	89
Salzburg-Umgebung	115	Spittal a. d. Drau	89

Quelle: ÖROK-Prognosen 2005, p 110f

Zwischen den Gemeinden eines politischen Bezirks ist jedenfalls mit Differenzierungen zu rechnen. So kann es auch in Bezirken mit Bevölkerungswachstum Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang geben und umgekehrt. Die Prognosen der regionalen Bevölkerungsentwicklung reichen bis zum Jahr 2031. Bis dahin ist Österreichweit mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen, danach ist im gesamten Bundesgebiet ein Rückgang der Einwohnerzahlen prognostiziert. Zur regionalen Verteilung des Rückganges, der in der vierten Dekade des 21. Jahrhunderts einsetzt, gibt es keine Berechnungen.

Künftige Altersstruktur

Die Bevölkerungen werden wie auf gesamtösterreichischer Ebene auch in den neun Bundesländern stark altern, wobei hier innerhalb der Bundesländer deutliche regionale Unterschiede zu beobachten sein werden. Die Anteile der über 60-Jährigen werden auch in Zukunft im Osten und Süden Österreichs höher als im Westen sein. Die Ausnahme in der Ostregion bildet die Bundeshauptstadt Wien. Die relativ stärksten Zuwächse der über 60-jährigen Bevölkerung sind im Westen Österreichs zu erwarten. In Tirol, Vorarlberg und Salzburg wird sich die Zahl der über 60-Jährigen bis 2050 circa verdoppeln. Oberösterreich und Niederösterreich liegen mit ihren Zuwächsen etwas über dem Bundesdurchschnitt von 73 Prozent. Der Osten (ausgenommen Niederösterreich) und der Süden Österreichs verzeichnen hingegen aufgrund des höheren Ausgangsbestandes deutlich unterdurchschnittliche Zunahmen der Zahl älterer Menschen. Den relativ schwächsten Zuwachs an über 60-Jährigen hat langfristig Wien, gefolgt von Kärnten, der Steiermark und dem Burgenland.

Zahl und Anteil der unter 15-Jährigen werden in allen Bundesländern künftig stark sinken. Liegt der Kinderanteil derzeit in allen Bundesländern noch zwischen 14,7 Prozent in Wien und 19,3 Prozent in Vorarlberg, so wird er im Jahr 2050 im Bereich von 10,4 Prozent im Burgenland und 13,8 Prozent in Vorarlberg liegen. Das Muster der räumlichen Differenzierung mit höheren Anteilswerten im Westen und niedrigeren im Süden und Osten wird sich bis 2050 fortsetzen.

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 60 Jahren steigt bis 2015 in fast allen Bundesländern noch an, lediglich Kärnten verzeichnet

in diesem Zeitraum bereits eine Reduktion. Danach setzen Der Rückgang in allen Bundesländern ein und erreicht bis 2030 ein Ausmaß von 6 Prozent (in Wien) bis 17 Prozent (in Kärnten). Bedingt durch die demographische Struktur schwächt sich der Rückgang im Osten und Süden bis zum Jahr 2050 etwas ab, wogegen die Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerung in den westlichen Bundesländern dann erst seine volle Dynamik entfaltet.

Gemeinden und demographischer Wandel

Allgemeine Auswirkungen

Kommunen sind vom demographischen Wandel in besonderem Maße betroffen, denn ihnen obliegt die unmittelbare öffentliche Daseinsvorsorge und die Ausgestaltung des persönlichen Lebensumfeldes. In vielen Bereichen geht der Bedarf in vielen Bereichen wie etwa bei Schulen und Kinderbetreuung zurück, in anderen weitet er sich aus wie z.B. bei Pflege und Altenbetreuung). Gleichzeitig verändern sich die finanziellen Handlungsspielräume, denn durch die demographische Schrumpfung werden die finanziellen Ressourcen und damit die Bewegungsspielräume eingeschränkt.

Kleiner werdende Familien und kinderlose Lebensformen führen dazu, dass die Zahl älterer Menschen ohne Kinder bzw. Enkel steigen wird. Damit wird der Unterstützung und Förderung außerfamiliärer Netzwerke ein größerer Stellenwert einzuräumen sein. Zudem ist durch die Zunahme von Hochbetagten und die Zahl der Pflegefälle im Zusammenhang mit der steigenden Frauenerwerbstätigkeit von einem Rückgang des innerfamiliären Pflegepotentials auszugehen, wodurch die Inanspruchnahme stationärer Pflege steigen wird.

Bei der technischen Ver- und Entsorgung geht die Auslastung in den demographischen Schrumpfungsbereichen wesentlich stärker zurück, als dies aufgrund des veränderten, ressourcenbewussten Verbraucherverhaltens und effizienter technischer Lösungen beispielsweise bei Wasserverbrauch, Energie oder Fernwärme bereits ohnehin der Fall ist. Da die langlebigen Systeme der Ver- und Entsorgung kurzfristig nur schwer an die demographische Entwicklung angepasst werden können, entstehen höhere Pro-Kopf-Aufwendungen, die nur schwer von einer geringer werdenden Anzahl von Nutzern getragen werden können.

Im Bereich Wohnen wird diejenige Nachfragegruppe, die lebenszyklisch Bedarf nach mehr Wohnfläche hat und als wesentlicher Träger der Wohneigentumsbildung in Erscheinung tritt – nämlich Jungfamilien mit Kind(ern) –, in den kommenden Jahren quantitativ an Bedeutung verlieren. Von Pensionisten, Alleinerziehenden, erwerbstätigen Ein- und Zweipersonenhaushalten kann hingegen angenommen werden, dass sie Kernstädte als Lebensraum bevorzugen. Die Bevölkerungsentwicklung wird durch Zuwanderung bestimmt sein, dabei ist auch mit einer Fokussierung der Zuwandernden auf die großen kernstädtischen Mietwohnungsmärkte zu rechnen.

Bei schrumpfenden Kommunen kommt zum Bevölkerungsrückgang noch eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik dazu. Prosperierende Regionen ziehen Personen und Haushalte an, während aus stagnierenden Gebieten Personen und Haushalte absiedeln. Man kann davon ausgehen, dass hohes Wachstum die Bevölkerung einer Region zu einer optimistischen Zukunftssicht mit geburtenförderlicher Wirkung führt – und umgekehrt.

Beispiele für Auswirkungen auf die Infrastruktur

- Abwasser: Eine Verringerung der Abflussmengen führt zu Ablagerungen in überdimensionierten Leitungen. Ablagerungen und lange Aufenthaltszeiten des Abwassers in den Leitungen erzeugen Geruchsprobleme, zudem fördern Ablagerungen die Korrosion von Rohren. Das macht ein häufiges Spülen der Leitungen notwendig.
- Trinkwasser: Durch verminderten Verbrauch und längere Verweilzeiten des Wassers in den Leitungen kommt es zu einem erhöhten Verkeimungsrisiko.
- Verkehr: Wohnungsleerstand verringert die benötigten Flächen für den ruhenden Verkehr. Andererseits ist bei schienenengebundenen Systemen wie Straßenbahnen durch die geringere Auslastung mit verminderter Rentabilität zu rechnen. Bei schienenungebundenen Systemen wird eine Ausdünnung des Angebots die Folge sein.

Städte

Eine schrumpfende Stadt wird eine teure Stadt sein, denn die Erhaltung von Gebäuden und Infrastruktur muss von immer weniger Einwohnern finanziert werden. Eine Studie erwartet beispielsweise für die schrumpfenden Städte Nordrhein-Westfalens, dass zukünftig benachteiligte Bevölkerungsgruppen – Arme, Alte, Ausländer – die Stadtgesellschaft dominieren werden. Die Gründe liegen neben der demographischen Alterung und der Zuwanderung in der selektiven Abwanderung der Mittelschichten aus den Städten. Hier wird es notwendig sein, sowohl soziale Integration als auch Identifikation der Bewohner von Städten bzw. Stadtteilen mit ihrem unmittelbaren Lebensraum zu fördern. Eine Möglichkeit zur Entschärfung zukünftiger Probleme in Städten sind Bürgerbeteiligungsmodelle, die auch sozial Benachteiligte erreichen und einen kurzfristig sichtbaren Nutzen für misstrauische und arme Menschen in sozial instabilen Nachbarschaften bringen.

Ländlicher Raum

Durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft wandelten sich besonders in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viele Dörfer grundlegend. So verlor ein Drittel der Gemeinden Österreichs zwischen 1991 und 2001 Einwohner durch Abwanderungen. Die damit verbundene geringere Siedlungsdichte zeigt vielfach schon jetzt die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs wie zum Beispiel eine Verringerung der Versorgungsqualität der Bewohner und des finanziellen Handlungsspielraumes der Gemeinden. Im Gegensatz dazu verzeichneten Orte in den Stadtumlandregionen Bevölkerungszuwächse durch den Zuzug aus den Kernstädten. Diese Gemeinden haben dadurch oft eine relativ junge Altersstruktur. Damit wird die klassische Unterscheidung zwischen Stadt und Land aber zunehmend fragwürdig, denn die anhaltende Attraktivität weniger dicht besiedelter Gebiete als Wohnort für urban geprägte Menschen verstärkt städtische Wertvorstellungen und individualisierte Lebensformen in ländlichen Siedlungen.

Neben der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung ist für die Bevölkerungsentwicklung die räumliche Lage entscheidend. Dabei spielt die Nähe zu größeren Zentren ebenso eine Rolle wie die Qualität der Wohnumgebung, denn mit erhöhter Lageattraktivität steigt die Nachfrage nach Wohnraum. Die infrastrukturelle Grundversorgung ist ebenso ein entscheidender Faktor bei der Wahl von Wohnstandorten. Für Pendler ist beispielsweise die Verkehrsanbindung einer

Gemeinde von Bedeutung. Die Verfügbarkeit wohnortnaher Kindergärten und (Pflicht-)Schulen ist für junge Familien maßgeblich und für ältere Menschen ist die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs von großer Wichtigkeit.

Für die Lebensqualität älterer Menschen im ländlichen Raum ist entscheidend, inwieweit die Wohngebäude der Ortskerne und die frühen Erweiterungsgebiete als Alterswohnsitze in Frage kommen. Zum Einen ist die bauliche Gestaltung kaum auf eine Nutzung älterer Bewohner ausgerichtet, zum Anderen entstehen durch die schlechte Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen in vielen ländlichen Gemeinden erhebliche Probleme bei der Deckung des täglichen Bedarfs. Je älter die Bewohner ländlicher Gemeinden sind, umso höher schätzen sie die Wichtigkeit der Versorgungsinfrastruktur ein. Alte Menschen werden zwar in der Zukunft mobiler sein als bisher, aber dennoch wird die Mobilität der alten Menschen geringer sein als die der Jungen. Damit stehen Gemeinden mit alternder Bevölkerung vor dem Dilemma, dass die Nahversorgung vor Ort immer dringlicher wird, die entsprechenden Einrichtungen jedoch tendenziell unrentabler werden. Menschen im fortgeschrittenen Alter könnten deshalb mit einer Rückwanderung in die Städte reagieren, weil hier der Lebensalltag bei eingeschränkten Mobilitätsbedingungen einfacher zu organisieren ist.

Die traditionell hohen Kinderzahlen im ländlichen Bereich, die noch während der Industrialisierung für den Bevölkerungsnachschub in den Städten gesorgt haben, gehören der Vergangenheit an. Heute liegen in fast ganz Europa die durchschnittlichen Kinderzahlen im ländlichen Raum auf demselben niedrigen Niveau wie in urbanen Gebieten. Da seit den 1970er Jahren immer weniger Menschen geboren werden und damit die Anzahl der potentiellen Eltern kontinuierlich sinkt, verschlechtern sich die Geburtenbilanzen österreichischer Landgemeinden zusehends, was zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang in den Gemeinden führt. Der ländliche Raum wird somit die Folgen der demographischen Entwicklung in Europa sehr viel stärker und vor allem früher zu spüren bekommen als die urbanen Gebiete.

Perspektiven

Zur Bekämpfung von regionalen Problemen, die durch den demographischen Wandel entstehen, gibt es aber keine Standardlösungen. Die Ansatzpunkte können sich von Gemeinde zu Gemeinde stark unterscheiden, je nachdem, welche Bedürfnisse und Bedingungen vor Ort herrschen. Jede Gemeinde muss deshalb eigene Wege entwickeln, um auf die Herausforderungen bestmöglich reagieren zu können. Die nachstehenden Punkte sind daher als Anregungen gedacht, die zum Weiterdenken und Weiterentwickeln einladen sollen.

Überregionale Planung und Zusammenarbeit

Neben der offensiven Beschäftigung mit den zu erwartenden Auswirkungen der Bevölkerungsveränderungen ist im kommunalen Bereich jedenfalls Planung, Koordination und Kooperation in größeren regionalen und kommunalen Zusammenhängen unabdingbar. Das gilt besonders für Städte und ihre Umlandregionen, damit nicht Gemeinden aus finanzwirtschaftlichen Überlegungen in einen ruinösen Wettbewerb um Einwohner schlittern, mit all den damit verbundenen Auswirkungen auf die untereinander in Konkurrenz stehenden Kommunen. Bei ländlichen Gemeinden geht es dabei um die Nutzung von Synergieeffekten, denn Wachstum und Schrumpfung werden innerhalb von Regionen nebeneinander anzutreffen sein.

Den Realitäten ins Auge sehen

Es gibt Gemeinden, die aus heutiger Sicht schlechte Perspektiven haben. Hier ist es wichtig, rechtzeitig und solange noch Handlungsspielraum besteht Maßnahmen (Entwicklungsprozesse, Um- oder Rückbau etc.) einzuleiten. Ein rechzeitiges Einstellen auf die zu erwartende Zukunft verhindert auch, dass man von der Entwicklung überrollt wird. Statt reaktiver, kurzfristiger Maßnahmen sind hier langfristige Zielentwicklung und strategisches Handeln und Planen von Bedeutung.

Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger

Der Staat kann den demographischen Wandel nicht allein bewältigen. Er wird sich vermutlich an vielen Stellen weiter zurückziehen müssen. Deshalb braucht es mehr denn je freiwillige soziale Netze und Personen, die sich ehrenamtlich engagieren. Nicht zuletzt muss es darum gehen, die Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, in der Wohngemeinde zu, aktivieren.

Ressourcenorientierung statt Problemorientierung

Raumbezogene statistische Daten sind oft defizitorientiert und an Auffälligkeiten wie Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit und Kriminalität, schlechtem Wohnungsbestand, Ausländerzahl etc. orientiert. Ressourcenorientierte Daten über engagierte Personen und Institutionen, Lebensqualität, soziale Netzwerke etc. sind so gut wie nicht vorhanden. Doch gerade diese ressourcenorientierten Daten sind für eine kooperative Kommunalentwicklung und positive Profilentwicklung von Gemeinden unerlässlich.

Familienorientierung als Standortfaktor der Zukunft:

Familienorientierung – bisher eher als eine Frage der Lebensqualität gesehen – entwickelt sich angesichts der demographischen Entwicklung zu einem Wirtschafts- und Standortfaktor. Gerade die Jugend und junge Erwachsene stehen für Dynamik, Innovation, Experimentierfreudigkeit und Unternehmergeist. Städte und Regionen, in denen Familien gut leben und arbeiten können, sind für die Zukunft ökonomisch besser gewappnet. Eine familienfreundliche Umgebung entsteht allerdings nicht von selbst, sondern erst durch gezieltes politisches und wirtschaftliches Handeln. Gemeinden und Regionen, denen es gelingt, ein familienfreundliches Klima zu schaffen, haben auf lange Sicht auch wirtschaftlich bessere Perspektiven.

Die Probleme des demographischen Wandels sind nicht zuletzt Probleme anhaltend niedriger Geburtenraten. Die Entwicklung lässt sich mittelfristig nicht stoppen – dazu sind demographische Prozesse viel zu träge – aber langfristig gibt es Möglichkeiten. Dabei müssen aber die Akteure auf allen Ebenen und in allen Bereichen mittun, und das sollte ein allgemeines Anliegen sein.

Je eher das Bewusstsein für die zukünftigen Entwicklungen geschärft ist und die ersten Schritte gesetzt werden, umso eher wird sich auch bei ungünstigen Rahmenbedingungen ein Erfolg einstellen.

Literaturauswahl:

Birg, Herwig (Hrsg.): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Plenarvorträge der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld 4. März 2004. Münster 2005.

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaft, 43. Jg. 2004/I (Im Brennpunkt: Demographischer Wandel in Kommunen)

Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demographischer Wandel. Wiesbaden 2004.

Hanika, Alexander, Gustav Lebhart & Stephan Marik: Bevölkerung Österreichs im 21. Jahrhundert. Wien 2003

Hanika, Alexander, Gustav Lebhart & Stephan Marik: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs bis 2050 (2075). Methodik – Annahmen – Ergebnisse. In: Statistische Nachrichten 1/2004. p 18-33

Hanika, Alexander, Eva Bauer, Heinz Fassmann, Gustav Lebhart, Stephan Marik & Rainer Münz: ÖROK-Prognosen. Teil 2: Haushalte und Wohnungsbedarf nach Regionen und Bezirken Österreichs. Wien 2005

Heilig, Gerhard K.: Stirbt der ländliche Raum? Zu Demographie ländlicher Gebiete in Europa: Zahlen, Fakten, Schlussfolgerungen: Laxenburg-Salzburg 2002

Lebhart, Gustav: Demographische Alterung in den Regionen Österreichs. In: Statistische Nachrichten, 9/2003. p 674-685

Nagl, Siegfried (Hrsg.): Städte und Gemeinden. Graue Zukunft oder bunte Gemeinschaft. Fakten und Analysen zu den Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung. Wien 2003

Bibliodrehscheibe Waldviertel Modellprojekt einer Gemeindekooperation



Der Verein „Bibliodrehscheibe Waldviertel“ wurde 2000 gegründet und setzt sich aus neun öffentlichen Gemeinde- und Pfarrbibliotheken im Waldviertel zusammen. Seit 2005 sind die Partnerbibliotheken in Lettland und Tschechien (Schulbibliothek des Kath. Privatgymnasiums Riga und Städtische Bibliothek Lomnice nad Luznici) ebenfalls offizielle Mitglieder des Vereins.

Ziele des Vereins

sind neben dem Erfahrungsaustausch folgende Aktivitäten:

Medienaustausch

- Medienrecherche und -austausch innerhalb der Bibliodrehscheibe
- Abstimmung der Schwerpunkte
- gemeinsames Internetprogramm BIBLIOWEB....

Gemeinsames Freizeit- und Ferienprogramm

- Ferienspiele
- Lesepass-Aktion in den Ferien
- Theaterfahrten, Ausflüge, Bälle ...

Gemeinsame Veranstaltungen

- Waldviertler Lese Frühling
- Kathrinmesse
- Literaturkulinarium....

Gemeinsame Projekte

- Projekt „Biblioweb“: erstes Internet-Bibliotheksprogramm
- Projekt „Büchertaxi“
- Projekt „Internationale SommerUNI für Kinder“....

Einige Zahlen

- **Gesamter Medienbestand**
ca. 30.000 Bücher/moderne Medien/Spiele
- Gesamt über **2000 aktive LeserInnen**
Viele Kinder und Frauen, wenige Jugendliche, kaum Männer
- **Schwerpunkte der Bibliotheken**
„Neues Lernen“, Kinder- und Jugendliteratur, neue Medien, Gesundheit & Lebenshilfe, Geschichte, Pädagogik, Trauerbegleitung, Ludothek (Spiele), Kreatives Werken
- Gesamt ca. 80 ehrenamtliche **MitarbeiterInnen**
- **Finanzierung** durch Gemeinden, Pfarre, Land NÖ, diözesane Bibliotheksfachstelle, Eigeneinnahmen durch Verleih und Veranstaltungen

Aktivitäten

- **Medienrecherche und -austausch** innerhalb der Bibliodrehscheibe
LeserInnen erhalten Bücher und Medien innerhalb der Bibliodrehscheibe ohne zusätzliche Kosten,
Ausborgen und Zurückbringen sind ortsunabhängig möglich
- **Abstimmung der inhaltlichen Schwerpunkte**
Größere Bucheinkäufe, speziell von Fachbüchern, Sachreihen, etc. werden abgesprochen und regelmäßig ausgetauscht
- **gemeinsames Internetprogramm „BIBLIOWEB...“**
gefördertes Projekt „Biblioweb“ ist einzigartig in Österreich.
Alle Medien liegen in einem Datenpool, damit ist Entlehnung, Bucheingabe, Statistik... für die Mitglieder wesentlich vereinfacht
- **Ferienspiele**
Eine Bibliothek lädt zum gemeinsamen Ausflugsprogramm ein,
TeilnehmerInnen lernen die Nachbargemeinden, die Region... kennen
- **Lesepass-Aktion in den Ferien**
Gratis-Lesen in den Ferien mit Lesepass, Abschluss-Gewinnspiel...
- **Theaterfahrten, Ausflüge, Veranstaltungen...**
Literaturkulinarium, Besuch der Landesausstellung, Landestheater, Nationalbibliothek....
- **„Waldviertler Lesefrühling“**
Im Zeitraum März bis Juni finden gemeinsame und einzelne Veranstaltungen in den Bibliotheken statt. Gemeinsame Förderschiene, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit bei Vorbereitung, Organisation...
Gemeinsame Auftaktveranstaltung...
- **Kathrinimesse**
Alljährlich zu Kathrini (Schutzpatronin der BibliothekarInnen,

- StudentInnen...) findet ein feierlicher Gottesdienst mit anschließendem Festprogramm statt, jeweils in einer anderen Mitgliedsgemeinde.
- **Gemeinsame Förderansuchen**
Zum Büchereinkauf, für Veranstaltungen etc. wird gemeinsam um Förderung angesucht.
 - **Projekt "Büchertaxi"**
Bereits ausgezeichnetes Projekt: Ein „Taxi“ soll Bücher und Medien kombiniert mit anderen Produkten in die einzelnen Ortschaften der Bibliodrehscheibe bringen und somit vor allem jene mit Medien beliefern, die nicht so leicht in die Bibliothek kommen können... Start voraussichtlich 2006.
 - **Projekt "Internationale Sommeruniversität für Kinder"**
Ähnlich wie die bereits sehr erfolgreichen Kinderunis in Wien oder Steyr: ein Angebot für interessierte Kinder aus Österreich und Tschechien. Schwerpunkte liegen im internationalem Ansatz mit Freizeitprogramm. Derzeit in Ausarbeitung, Start evt. 2007
 - **BibliothekarInnenausbildung**
Ausbildung direkt in der Region (ohne weite Anreise, insbesondere für Mütter, die Kinderbetreuungspflichten haben)
 - **Computerschulungen, Katalogisierungskurs....**
Einschulungen in das neue Computerprogramm, auch gegenseitige Hilfe in der täglichen Arbeit passieren gemeindeübergreifend....

Unsere Partner

TSCHECHIEN - Städtische Bücherei Lomnice

Kathrinimesse
„Mensch ärgere dich nicht“ – Turnier
Projekt Nächstenliebe
Medienaustausch

LETTLAND - Schulbibliothek Privatgymnasium Riga

Besuche und Exkursionen in Österreich und Lettland
Schulprojekt: gemeinsame Fahne
Unterstützung des Gymnasiums durch
deutschen Unterrichtsbücher

Uns gibt es auch im Internet: www.bibliodrehscheibe.at

Kontaktadresse des Vereins „Bibliodrehscheibe Waldviertel“ :

- Peter Wiesmeier, 3912 Grafenschlag 47, office@bibliodrehscheibe.at
- Rosemarie Pichler, 3632 Traunstein, 02878/25049
- Helga Wandl, 3972 Bad Großpertholz, 02857/2253-13



**„Familienpaten, K.I.D.S. Paten...“
Modellprojekt eines lokalen Bündnisses**
Ludwig Ecker, Dipl. Soziologe
Geschäftsführer DKSB Augsburg

„Bündnis für Augsburg“

nennt sich das lokale Bündnis zur Förderung des Bürgerengagements in den Bereichen: Familienpaten, Sozialpaten, K.I.D.S. Paten, Bürgertreff...

Von der Idee zum Konzept

Das Projekt Familienpaten des Deutschen Kinderschutzbundes Augsburg, angelehnt an das gleichnamige Modellprojekt in Nürnberg, wurde im Februar 2004 gegründet. Ziel ist, mit Hilfe des bürgerschaftlichen Engagements Unterstützung für Familien mit Kindern anzubieten. Der Kooperationspartner des Projekts ist der Allgemeine Soziale Dienst (Jugendamt) der Stadt Augsburg, der die Familien vermittelt, nachdem professionelle Hilfen ausgeschöpft oder (noch) nicht angezeigt sind.

Das Angebot der Familienpatenschaften richtet sich an Familien, die sich in Schwierigkeiten befinden und denen keine Partner, Freunde oder Verwandte zur Verfügung stehen. Familienpaten übernehmen deren Rolle im Rahmen einer zeitlich begrenzten Begleitung. Die Familienmitglieder werden darin unterstützt, eigene Ressourcen zu erkennen und zu aktivieren und Krisen zu meistern.

Konzept:

1. Stufen der Kontaktaufnahme zwischen Familie und Familienpate
2. Voraussetzungen, Profil des Familienpaten
3. Aufgabenbereiche des Familienpaten: Schule, Lebenspraxis, Finanzen, Beziehungen
4. Fachliche Begleitung des Familienpaten: Aufnahmegespräch, Schulung, Begleitung während des Familienkontakts (Praxisanleitung)

Partner:

Familienpate – Deutscher Kinderschutzbund – Allgemeiner Sozialer Dienst – Familie – sozialer Nahraum – Wirtschaft – andere Projekte im Bündnis – Politik

Fragen zur Umsetzung des Konzepts:

Wie finden wir Familienpaten? Bekannte Wege und Suche nach neuen Wegen
Was bekommen Familienpaten zurück? Anerkennungskultur, Feedback
Was erreichen Familienpaten? Daten und Resultate aus dem Jahresbericht 2004.

Voraussetzungen für das Projekt „Familienpaten“:

Politische Voraussetzungen:

Aktualität, politische Akteure

Bedeutung der Partner:

Kommunale Verwaltung, insb. Jugendamt, andere Wohlfahrtsverbände als Anbieter „konkurrierender“ Jugendhilfeleistungen, Durchlässigkeit benachbarter Projekte

Strukturelle Voraussetzungen für Nachhaltigkeit:

Kommunal-politische Unterstützung, Medieninteresse, organisatorische Unterstützung durch die Geschäftsstelle „Bündnis für Augsburg“, Finanzmittel für Fachkräfte und Sachaufwand, kompetentes Fachpersonal für die Zusammenarbeit mit bürgerschaftlich Engagierten.

Zusammenfassung der Workshopergebnisse

Die Fragen der TeilnehmerInnen bezogen sich im ersten Teil des Workshops vor allem auf das Thema „**Schulung der bürgerschaftlich Engagierten**“ und auf **die konkreten Aufgaben** der als Familienpaten engagierten.

Die Familienpaten erhalten vor Beginn ihrer Tätigkeit eine **Grundqualifizierung**, in der die Rolle des Paten in Verbindung mit dem Familiensystem besprochen wird, der Ablauf der Übergabe vom Jugendamt zum Familienpaten geklärt wird und die möglichen Erwartungen der Familien wie auch der Familienpaten diskutiert werden.

Wichtiger Teil der Grundqualifizierung ist ebenfalls eine kurze Einführung in Gesprächstechniken. Weitere Themen sind der Umgang mit der Schweigepflicht (d.h.: keine Informationen zurück an das Jugendamt), Erschließung des sozialen Netzwerks einer Familie, um Ressourcen zu erkennen und sie nutzbar zu machen. In den anschließenden monatlichen Familienpatentreffen wird **Praxisbegleitung** durch zwei sozialpädagogische Fachkräfte geboten, die den Familienpaten auch sonst jederzeit für Fragen oder bei Problemen zur Verfügung stehen.

Konkrete Aufgaben der Familienpaten wurden in einer beispielhaften Liste vorgestellt.

Was machen eigentlich Familienpaten

Wir unterstützen bei der Wohnungssuche, werten Inserate aus, besichtigen die Wohnung und organisieren den Umzug

Wir helfen beim Ausfüllen von Formularen und begleiten zu den Ämtern

Wir hören zu

Wir gehen mit kleinen Kindern **zum Spielplatz** und unternehmen mit älteren eine Radtour

Wir regen gemeinsame Spiele in der Familie **an**

Wir organisieren Nachhilfe **und motivieren** zum Unterrichtsbesuch

Wir formulieren Bewerbungsschreiben

Wir stellen Kontakt zum örtlichen Fußballverein her

Wir besprechen den Haushaltsplan und suchen günstige Einkaufsmöglichkeiten

Wir erstellen eine Liste der notwendigen Hausarbeiten **und verstärken** nach deren Erledigung, **wir loben** auch Teilerfolge

Wir reparieren selbst oder finden kostengünstige Lösungen

Wir sind da, wenn wir gebraucht werden

Im zweiten Teil des Workshops wurde der Frage nachgegangen, wie **neue Familienpaten gesucht** und gewonnen werden können.

Bekanntere Formen der Suche von Freiwilligen sind Berichte in der lokalen Presse, Flyer oder Internetseiten. Im „Bündnis für Augsburg“ gibt es ein Freiwilligenzentrum, das sich u.a. um Vermittlung von bürgerschaftlich Engagierten, um Einladungen für Neubürger in das Rathaus mit Vorstellung aller Bündnisprojekte oder um Bus-Shuttle-Touren zu Einrichtungen und Orten, wo sich Augsburger Bürger engagieren, kümmert.

Besonderen Raum nahm die **Frage nach der Absicherung** der Familienpaten ein. Hier ging es um haftungsrechtliche und andere Risiken, denen bürgerschaftlich Engagierte ausgesetzt sein können und wie sie abgesichert sind. Die Familienpaten sind im Rahmen der Vereinshaftpflicht des Augsburger Kinderschutzbundes (Träger des Projekts Familienpaten) abgesichert, z.B. bei Verletzung der Aufsichtspflicht gegenüber den anvertrauten Kindern. Schäden am eigenen Fahrzeug, bei einem Unfall auf der Fahrt zur betreuten Familie, reguliert eine Vollkaskoversicherung, die der Verein für alle Beschäftigten und Ehrenamtlichen abgeschlossen hat. Eine berufsgenossenschaftliche Versicherung, eine Pflichtversicherung in Deutschland, übernimmt z.B. Kosten für Reha-Maßnahmen als Folge einer Körperverletzung während einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Welche **Leistungen** die Familienpaten erhalten, konnte schnell beantwortet werden. Der **Zeitaufwand** bzw. der Arbeitseinsatz selbst ist das eigentliche bürgerschaftliche Engagement und wird nicht finanziell vergütet. Ein eventueller **Sachaufwand**, wie Telefonate, Fahrtkosten o.ä. kann als Aufwandsentschädigung auf Antrag ausbezahlt werden.

Anhand eines Aufnahmebogens wurde die Frage nach den **Anforderungen**, den **Qualitäten der Familienpaten** beantwortet. Unsere Familienpaten sind zwischen 25 und 60 Jahre alt, weibliche Paten sind mit 75 % typischerweise stärker vertreten. Bestimmte Ausbildungen sind keine notwendigen Voraussetzungen. Wichtig ist ein persönliches Vorgespräch, um die Motivationen zu klären. Paten bestimmen selbst den Zeitumfang, den sie einbringen wollen. Auch Neigungen und Abneigungen und vor allem persönliche Kompetenzen werden berücksichtigt. Familien werden dementsprechend ausgewählt.

Die Frage nach der **Vertraulichkeit** spielt bei unserem Konzept der Familienpaten eine zentrale Rolle. Gerade wegen der engen Zusammenarbeit mit dem Jugendamt (die Familien werden uns vom Jugendamt benannt), ist die Sicherheit für die Familie wichtig, dass das Wissen des Familienpaten nicht weitergegeben wird. Diese entscheidende Vertrauensgrundlage ist notwendig, um die Familie außerhalb staatlicher Jugendhilfeleistungen zu unterstützen und damit echte Fortschritte für die Familien zu erzielen.

Diese konkreten Erfahrungen werden dokumentiert und in einem **jährlichen Bericht** zusammengefasst.

Interessenten können unter dkSB.augsburg@t-online.de diesen Bericht anfordern.

Familienpaten sind keine „Familienhelfer“, sondern begleiten Familien und helfen ihnen, eigene Ressourcen zu erschließen. Bürgerschaftliches Engagement im Bündnis für Augsburg heißt auch, andere Bündnisprojekte wie Sozialpaten oder K.I.D.S. Paten für die Familie nutzbar zu machen.



Kommunaler Familientisch in Pilsting - D

Erna Egerer, Privatbrauerei Egerer
Franz Bauer, Projektverantwortlicher und
Marktkämmerer

Von links nach rechts: Erna Egerer
und Franz Bauer aus der Gemeinde
Pilsting mit Dr. Jürgen Wüst, IFOK

Der Kommunale Familientisch in Pilsting entstand aufgrund einer Initiative des Bayerischen Familienministerium, die Koordination übernahm das Institut für Kommunikationsforschung in Bensheim, das Zentralinstitut für Ehe und Familie an der kath. Universität in Eichstätt die Evaluierung und die fachliche Unterstützung. Ziel des Projektes war die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement im Bereich der kommunalen Familienpolitik.

Der Familien-Tisch ist ein auf die kommunalen Verhältnisse abgestimmtes Konzept zur Zusammenführung von Personen und Institutionen, die auf die Lebenssituation von Familien im lokalen Kontext Einfluss nehmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die direkte Beteiligung von Familien. Im Mittelpunkt des Familien-Tisches steht die Entwicklung und Umsetzung von konkreten Projekten, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation von Familien in der jeweiligen Kommune beitragen.

Die Gemeinde Pilsting in Bayern war zuständig für die Organisation, also z.B. Auswahl der Teilnehmer, Einladungen, Räumlichkeiten, Verpflegung, Protokollversendung, Einladungen und die Begleitung vor Ort. Das Motto des Kommunalen Familientisches lautete **„Von der Politik für Familien zur Politik mit Familien“**.

Die Situation der Familien wird nicht nur bestimmt von der Höhe der zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern ebenso durch

- Arbeitszeiten und Betreuungsangebote
- Infrastruktur des Wohnfeldes
- Qualifizierungsangebote während und nach der Elternzeit
- Unterstützung bei der häuslichen Arbeit

Neue Akteure außer Bundes- und Landespolitik kommen ins Blickfeld, wie Unternehmen, Schulen, Vereine, Verbände, Kirchen und Familien.

Die Wirtschaft hat hier eine besondere Verantwortung, die sie auch erfüllen kann, wie das Beispiel der Privatbrauerei Egerer beweist. Hier wurde die Arbeitszeit, insbesondere für Frauen flexibilisiert, Arbeitszeitkonten eingerichtet, damit die Frauen Beruf und Familie besser koordinieren können. Tele- und Wohnraumarbeitsplätze wurden geschaffen, damit Mütter zu Hause arbeiten können, und vieles mehr. Für dieses Engagement hat die Firma den 1. Frauenförderpreis des Freistaates Bayern gewonnen.

Die Kommunen befinden sich im Bereich der Familienpolitik in einem Spannungsfeld.

Einerseits wollen die Kommunen die Familienfreundlichkeit erhöhen, andererseits können sie auch schon wegen der prekären finanziellen Ausstattung keine neuen Aufgaben übernehmen und wenn, dann nur im bestimmten Umfang.

Die Ziele des Familientisches:

- Alle, die auf die Situation von Familien Einfluss haben an einen Tisch bringen: Vereine, Verbände, Wirtschaft, Handel, Familien, Politik etc..
- Lebensbedingungen von Familien in der Kommune durch konkrete Projekte nachhaltig verbessern.
- Kooperation und Vernetzung zwischen den Beteiligten fördern.
- Bewusstsein für die Chancen kommunaler Familienpolitik.

Angelegt war das Pilotprojekt auf ein Jahr, ausgewählt wurden sieben Pilotkommunen aus sieben Regierungsbezirken, wobei eine Größengrenze bei ca. 70.000 Einwohnern liegen sollte und zwar Neu-Ulm, Germering, Bamberg, Neustadt a.d. Aisch, Mitterteich, Bergtheim und Pilsting.

Sämtliche Informationen z.B. von Pilsting erfahren Sie auf der Homepage des Marktes Pilsting www.pilsting.de unter der Rubrik *Aktuelles – Neuigkeiten*.

Bevor man an das Projekt herantrat, analysierte man die Ist-Situation, machte eine grobe Bestandsaufnahme, überlegte den Handlungsbedarf und mögliche Ziele.

Durch einen Beschluss des Marktgemeinderates wurde dann ein entsprechender Antrag an das Bayer. Staatsministerium gestellt und Pilsting wurde ausgewählt.

Vor der konkreten Ausführungsphase gab es eine kurze Vorbesprechung mit Vertretern des Marktes, dem Bürgermeister, dem Pfarrer, einer Vertreterin des Gewerbevereins, einer Vertreterin der Industrie und zwei Vertretern des Institutes für Organisationskommunikation aus Bensheim.

Ziel war ein persönliches Beschnuppern vor Prozessbeginn und Austausch der Vorstellungen.

Bereits angelegt war das Projekt auf sieben Veranstaltungen, gegliedert in eine Auftakt-, eine Schlussveranstaltung und fünf Familientischsitzungen.

Vor der ersten Sitzung waren die Mitglieder des Familientisches auszuwählen, die wenn möglich aus allen Ortsteilen kommen sollten; die Kirchen, Kindergärten, Schulen, Vereine, Gewerbe, Handel, Industrie, Vertreter der Parteien und politischen Gremien, Eltern verschiedener Familienformen wie Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Familien mit behinderten Kindern, aus Neubaugebieten, aus gewachsenen Siedlungsstrukturen etc, sollten vertreten sein.

Der Familientisch durfte lediglich 25 bis 30 Mitglieder umfassen, so wurde bei der Auswahl darauf geachtet, aktive Persönlichkeiten zu finden, die mehrere Bereiche abdecken können, so z.B. einen Marktgemeinderat einer politischen Gruppierung, der Ortssprecher ist, einen Marktgemeinderätin der anderen politischen Gruppierung, die Lehrerin ist.

Dann wurde zur Auftaktveranstaltung eingeladen, die Veranstaltung war öffentlich. Ein größerer Personenkreis von 60 bis 70 Teilnehmern informierte sich über den Familientisch.

In einer Art Brainstorming wurden die größten Stärken Pilstings eruiert, von engagierten Privatpersonen über ausreichend Kindergartenplätze usw. Der dringendste Handlungsbedarf wurde ermittelt und die ersten konkreten Zielrichtungen für mögliche Projekte kristallisierten sich heraus.

In der ersten Sitzung des Familientisches wurden dann endgültig die Weichen für konkrete Projekte gestellt, die man in Angriff nehmen wollte. Vorerst wurden die allgemeinen Spielregeln für die Zusammenarbeit (regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen, übernommene Aufgaben termingerecht erledigen usw.) festgelegt.

Bei der Auswahl der Projekte legte man Wert auf Ideen, die bewegen, Ideen, die vor Ort bewegbar waren und Projekte, die der Mitarbeit mehrere bedürfen, die einer allein nicht schaffen kann.

In der Pilotphase wurden 6 Projekte in Angriff genommen:

1. Info-Stelle für Familien
2. Jung und alt
3. Mittagsbetreuung
4. Jugendtreff
5. Spielplatz
6. Arnstorfer Tafel

Alle weiteren Projektideen wurden in einer Art Ideenspeicher abgelegt, um zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden zu können

Zielsetzung, Ablauf und heutiger Stand der Projekte:

1. Info-Stelle für Familien

Zielsetzung war es, eine Art Info-Pool und/oder eine Anlaufstelle für den Bürger, in der er über sämtliche Möglichkeiten und Institutionen informiert wird, die ihn bei sozialen und familiären Problemen beraten bzw. ihm weiter helfen können, zu schaffen.

Schon im Laufe der Sitzungen stellte sich heraus, dass eine separate Anlaufstelle nicht nötig ist, bei einer Größe des Marktes Pilsting von ca. 6.000 Einwohnern.

Es wurde also als Ergebnis eine Info-Broschüre erstellt, in der alphabetisch nach Lebenslagen und Lebenssituationen der jeweilige Ansprechpartner mit Telefonnummer und Anschrift genannt wird, der Hilfe geben kann.

Derzeit läuft das Projekt noch, die dritte Auflage ist bereits kurz vor Druckbeginn.

2. Jung und Alt, Familie, Kinder, Senioren

Veranstaltung für Familien zu organisieren, Senioren und Kinder zusammen zu bringen, war die Prämisse dieses Projektes.

Konkret dachte man an Opa-Erzähltag, an gemeinsame Ausflüge mit Jung und Alt.

Realisiert wurde während des Projektjahres ein gemeinsamer Wandertag mit den Kindergartenkindern und dem Seniorenclub sowie verschiedene lockere Treffen.

Auch wurden Kontakte zu Nachbargemeinden geknüpft und Informationen von ähnlichen Projekten gesammelt.

Nach Ablauf des Pilotjahres ruhte das Projekt, da bereits damals absehbar war, dass im Gemeindebereich ein Altenheim errichtet wird.

Als Glücksfall für dieses Projekt hat es sich erwiesen, dass das Seniorenwohnheim direkt neben dem Kindergarten eröffnet hat. Die Kindergartenleiterin hat schon erste Kontakte geknüpft, um hier Austausch und Treffen zwischen Kindergartenkindern und den Seniorinnen und Senioren zu ermöglichen.

3. Mittagsbetreuung an der Volksschule

Ziel sollte sein, im Laufe des Jahres eine Mittagsbetreuung für alle Schüler, die einer Betreuung in der Mittagspause bedürfen, einzurichten und evtl. auch für eine Verköstigung zu sorgen.

Bereits während des Projektjahres konnte eine Mittagsbetreuung organisiert werden. Dies ging jedoch nicht ohne Kosten ab.

Um einen staatl. Zuschuss zu erhalten, müssen pädagogisch qualifizierte Fachkräfte eingesetzt werden. Jeden Tag werden seither die Schulkinder, die früher schulfrei haben, bis 13.30 Uhr betreut.

Ausgebildete Fachkräfte, basteln und spielen mit Ihnen, Hausaufgaben werden nicht gemacht.

Jedoch zusammen mit dem Zuschuss des Freistaates Bayern und den Elternbeiträgen, die pro Schulhalbjahr 75,-- € betragen, konnten die Ausgaben fast kostendeckend erwirtschaftet werden.

Derzeit wird anhand einer Umfrage überprüft, ob eine Mittagsverpflegung gewünscht wird. Gegebenenfalls wird diese dann in Zusammenarbeit mit dem Seniorenheim, das sich auch in unmittelbarer Nähe der Schule befindet, geregelt.

4. Jugendtreff

Große Ziele setzte sich diese Projektgruppe. Ein Treffpunkt für Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren mit Betreuung unter dem Motto „Soviel Freiraum wie möglich, soviel Betreuung wie nötig“.

Den Raum stellte die Gemeinde zu Verfügung. Ein Team von Betreuern, meist Eltern wurde gesucht und gefunden.

Bald fanden sich die ersten Jugendlichen ein, die dann zusammen mit den Betreuern daran gingen, den Raum zu renovieren. Kuchen und Plätzchen wurden gebacken und nach dem Gottesdienst am Dorfplatz verkauft, Spenden wurden gesammelt, um einen Grundstock an Getränken schaffen zu können.

Bereits zu Ende des Pilotjahres lief der Jugendtreff. Die Betreuer wechseln sich ab, die Jugendlichen kommen bis heute jeden Freitag Nachmittag bis ca. 20.00 Uhr in den Jugendtreff.

Sogar ein Kickerkasten konnte dank Spenden schon organisiert werden.

5. Projektgruppe Spielplatz

Diese hatte sich zur Aufgabe gemacht, die Spielplätze in der Gemeinde auf ihre Kindertauglichkeit und auf ihren Zustand hin zu überprüfen.

Im Laufe des Jahres ergab sich dann die Möglichkeit, einen neuen Spielplatz zu gestalten.

In einem Baugebiet waren vom Bauträger finanzielle Mittel zur Gestaltung eines Spielplatzes hinterlegt worden.

Die Projektgruppe erstellte zusammen mit den Anwohnern einen Plan für den Kinderspielplatz und brachte ihn bis zum Abschluss des Jahres zur Ausführung.

Die in diesem Baugebiet lebenden Familien mit Kindern im entsprechenden Alter haben bei der Errichtung mitgestaltet und mitgeholfen.

Ein positiver Nebeneffekt dieser Beteiligung war auch die Tatsache, dass Eltern, die beim Bau eines derartigen Spielplatzes mithelfen, stärker ein Auge auf diesen

Platz haben und eventuellen Beschädigungen durch Randalierer etc. schon im Vorfeld vorbeugen, während bei rein öffentlichen Spielplätzen oft abgewartet wird und die Verantwortung auf die öffentliche Hand geschoben wird. Die Projektgruppe Spielplatz ruht, da derzeit kein Bedarf besteht.

6. Die Arnstorfer Tafel, Verteilstelle Pilsting

Unter dem Motto 'Jeder gibt was er kann' erbittet der Verein von Supermärkten, Discountern etc. Lebensmittel, die nur schwer im freien Handel verkauft werden können, da z.B. das Ablaufdatum unmittelbar bevorsteht etc., die jedoch ansonsten einwandfrei sind.

Diese Lebensmittel werden einmal wöchentlich am Freitagnachmittag von freiwilligen Helferinnen an Personen ausgegeben, deren Bedürftigkeit von der Gemeinde bestätigt ist.

Hauptsitz des Vereines ist in Arnstorf, wesentlich getragen von der Hans-Lindner-Stiftung.

Diese „Arnstorfer Tafel“ in Pilsting funktioniert nach wie vor und erfreut sich steigender Beliebtheit.

Zusammenfassung:

Die 6 Pilot-Projekte wurden im Laufe von fünf Familientisch-Sitzungen erarbeitet. Nach der Abschlussveranstaltung, die gleichzeitig das Ende der Pilotphase darstellte verließen uns alle BeraterInnen und waren fürderhin nicht mehr gesehen, was bedeutete, die professionelle Betreuung durch das IFOK wurde eingestellt, die weitere Förderung des Kontaktes zwischen den Pilotgemeinden fand nicht mehr statt, was die Nachhaltigkeit doch etwas beeinträchtigt hat. Es wäre sinnvoll gewesen z.B. Gemeindebedienstete in der Moderation etc. zu schulen.

Derzeit läuft ein neues kommunales Projekt an, das auf die Betreuung von Kindern gerichtet ist. Die Kinder im Kindergartenalter sind gut untergebracht, jedoch wird oft eine Betreuung für Stunden oder Tage benötigt, wenn die Mutter zum Arzt muss, krank wird etc. Hier soll ein Netzwerk, gestützt auf private Initiative, unterstützt durch die politische Gemeinde aufgebaut werden.

Als Quintessenz lässt sich sagen, dass Projekt war ein Erfolg. Es wird sich jedoch nicht in dieser Intensität fortzuführen lassen, vielmehr wird man sich jeweils nur auf ein oder zwei Projekte pro Jahr konzentrieren müssen, da ein kommunaler Familientisch auch Personalressourcen der Gemeinde bindet.

Literatur zu den Familientischen allgemein:

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.) (2005): Kommunale Familientische Bayern. Praxisleitfaden, München.
- Schmidpeter, René (2003): Der Familien-Tisch als Instrument der Kommunalen Familienpolitik in: Habisch, André u.a. (Hrsg.) : Familienforschung interdisziplinär, Graftschaft, S. 239-248.
- Wüst, Jürgen (2001): Der Familien-Tisch, unter <http://www.treffpunkt-ethik.de/dokumente/detail.asp?id=295&menu=6,1,0>
- Wüst, Jürgen (2003): Runder Tisch, in: Ley, Astrid/.Weitz, Ludwig: Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn, S. 249-252.



Dr. Angelika Schiebel und
DSA Karl Hofinger bei der Präsentation des Audits

Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde

Dr. Angelika Schiebel
DSA Karl F. Hofinger

Familien- und Kinderfreundlichkeit: Das Zukunftsthema für Gemeinden

Was Familien leisten

Familien erbringen für die Gesellschaft und auch für die Gemeinde vielfältige Leistungen. Diese reichen vom Erziehen der Kinder, über die Vermittlung von kulturellen und gesellschaftlichen Werten und Normen an die nachfolgende Generation bis hin zur Pflege von Angehörigen im Alter. Untersuchungen zeigen: "Familienmensen" bilden mehr soziale Netze, sie engagieren sich in Vereinen, Kirchen und Nachbarschaften und sie übernehmen Verantwortung in Elternvereinen, Unternehmen und Betrieben. Familien sind die Basis einer leistungsfähigen, örtlichen und regionalen Sozialstruktur und bilden dadurch ein Standortpotential und sind ein lokaler Wirtschaftsfaktor für die Gemeinde.

Familien bringen Zukunft

Familien bilden das Rückgrat der sozialen Strukturen einer Gemeinde. Sie sind Drehscheiben des Miteinanders der Generationen und der gegenseitigen Hilfe in den unterschiedlichsten Lebenssituationen. Familien haben ein Interesse am Standort, an dem sie leben und in den sie eingebunden sind. Deshalb ist es für Gemeinden immer wichtiger, ihre Attraktivität für Familien und Kinder zu sichern und weiterzuentwickeln. Denn wo sich Menschen wohl fühlen, dort bleiben sie auch.

Möglichkeiten nutzen

Kinderbetreuung, die Aufrechterhaltung des Schulangebotes, Tagesmütterdienste, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Jugendtreffs, Jugendbeauftragte, Discobus, eine Wohnpolitik für kinderreiche Familien, Projekte zur Förderung des Mehrgenerationenwohnens, Spiel- und Begegnungsflächen für alle Generationen, die kinder- und familienorientierte Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, die kindergerechte Sicherung von Wegen zu Schulen und Sportplätzen, die Unterstützung der Selbsthilfe und des ehrenamtlichen Engagements oder Gebührenermäßigungen für Familien mit Kindern - die Liste der umsetzbaren familien- und kinderfreundlichen Ideen und Maßnahmen ist lang.

Einbindung aller Generationen

Damit die Gemeinde die Leistungen und Angebote auf die speziellen Bedürfnisse der Familien abstimmen kann, werden bei der Gestaltung und Planung der Angebote diejenigen, für die diese Leistungen bestimmt sind, miteinbezogen. Ein besonderes Anliegen ist daher die Beteiligung aller Gemeindebürgerinnen und

Gemeindebürger, vor allem von Kindern und Jugendlichen. Ein familien- und kinderfreundliches Klima wird auch durch Vernetzung und Förderung der Akteure ausgebaut und gesichert. Daher ist eine Zusammenarbeit aller Vereine/ Organisationen und Einrichtungen zum Wohl der Familien in der Gemeinde wichtig.

Vision und Ziel

Familien- und Kinderpolitik ist Querschnittmaterie in allen kommunalen Politikfeldern. Umfassende kommunale Familienprogramme sollen zum Entwicklungsmotor in den Gemeinden werden, wobei die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Gemeinden nicht angetastet wird. Kleine Gemeinden mit einem überschaubaren Bereich, jedoch auch große Städte erfahren damit eine neue Herausforderung und Chance, den Rahmen für die individuelle Entfaltung der Lebensentwürfe der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Die zentrale Botschaft lautet daher, die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung ihres familien- und kinderfreundlichen Gemeinwesens zu beteiligen und den Menschen "Hilfe zur Selbsthilfe" zu bieten. Ziel ist eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, weil ein gerechtes Miteinander der Generationen ein Land zukunftsfähig macht.

Was das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde leistet

Familien- und Kinderfreundlichkeit gezielt entwickeln

Österreichische Gemeinden setzen heute schon viele Aktivitäten, die Kindern und Familien zu Gute kommen. Entscheidend ist, dass Gemeinden nicht nur punktuelle Maßnahmen setzen, sondern dass die eigene Familien- und Kinderfreundlichkeit systematisch und damit nachhaltig weiterentwickelt wird. Dafür gibt es das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde. Dieses bewährte Beratungsinstrument unterstützt die Gemeinde dabei,

- ihre Familien- und Kinderfreundlichkeit systematisch zu überprüfen,
- sie gezielt weiterzuentwickeln,
- mit einem Zertifikat (bzw. Grundzertifikat) auszuzeichnen und
- ihre Familien- und Kinderfreundlichkeit mit einem "Gütesiegel" öffentlich zu bewerben.

Vorteile für die ganze Gemeinde

Das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde bringt Vorteile für die ganze Gemeinde:

- Erstmals hat man in der eigenen Gemeinde eine umfassende und objektive Bestandsaufnahme, was alles für Kinder und Familien getan wird.
- Die systematische Erfassung des IST-Zustandes ermöglicht es, allfällige "Lücken" aufzuspüren und weitere Ziele und Maßnahmen für ein Mehr an Familien- und Kinderfreundlichkeit zu definieren.
- Das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde ist eine Möglichkeit, vor allem junge Menschen bei kommunalen Projekten zu beteiligen und sie zu aktivieren (z.B. Planung von Freizeitanlagen).
- Die Gemeindepolitik kann den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt mehr Lebensqualität bieten und ihre Zufriedenheit in und mit der Gemeinde erhöhen.

So funktioniert das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde

Vom IST- zum SOLL-Zustand

Zunächst wird anhand einer Handlungsfeldermatrix festgestellt, welche familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen bereits bestehen. Auf Basis dieses IST-Zustandes kann die Gemeinde einen SOLL-Zustand definieren. Dieser SOLL-Zustand bezeichnet jenen Standard an Familien- und Kinderfreundlichkeit, den die Gemeinde durch entsprechende Veränderungs- und Entwicklungsstrategien innerhalb von drei Jahren erreichen möchte. Nach positiver Beurteilung des durchgeführten Audit Prozesses durch eine/n unabhängige/n Gutachter/in, erhält die Gemeinde ihr Grundzertifikat. Nach drei Jahren überprüft ein/e unabhängige/r Gutachter/in die Umsetzung des SOLL-Zustandes, und die Gemeinde erhält nach positiver Beurteilung das Zertifikat.

Handlungsfelder

Das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde berücksichtigt alle wichtigen Handlungsfelder:

- **Beratung:** z.B. Erziehungs- und Schulberatung, Ehe- und Partnerschaftsberatung, Sexual- und Schwangerschaftsberatung
- **Betreuung:** z.B. Betreuungsplätze, Nachmittagsbetreuung für Kinder berufstätiger Eltern, Familienhilfe in Notsituationen
- **Gesundheit:** z.B. ärztliche Versorgung, Gesundheitsvorsorge, Hauskrankenpflege Selbsthilfe und soziale Netzwerke: z.B. Mütterrunde, Spielgruppe, Treffpunkte
- **Bildung:** z.B. Bildungsberatung, Bücherei, Weiterbildungskurse für Jugendliche
- **Arbeit und Wirtschaft:** z.B. Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten, flexible Arbeitszeitgestaltung, Unterstützung von Wiedereinsteiger/innen nach der Karenz, Ermäßigungen
- **Freizeit/Kultur/Sport:** z.B. Veranstaltungen, Betreuung bei Veranstaltungen, Ferienprogramm, Vereinsleben
- **Wohnen und Umfeld:** z.B. Wohnraum für junge Familien, sichere und öffentliche Gebäude, Nahversorgungseinrichtungen
- **Mobilität und Verkehr:** z.B. bedarfsgerechte öffentliche Verkehrsmittel, Förderung von sicheren Kindertransport, Unterstützung von Fahrgemeinschaften

Lebensphasen

Ein Paar, das gerade ein Baby bekommen hat, braucht andere Unterstützungen als eine Familie mit Teenagern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen. Das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde berücksichtigt alle wichtigen Lebensphasen:

- **Schwangerschaft/Geburt:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen in der Gemeinde rund um die Geburt eines Kindes erfasst.
- **Familie mit Säugling:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen um das Leben mit einem Säugling in der Gemeinde erfasst.
- **Kleinkind bis drei Jahre:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen für das Leben mit Kleinkindern bis drei Jahre erfasst.
- **Kindergartenkind:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen in der Gemeinde für Familien mit Kindern im Kindergartenalter erfasst .
- **Schüler/in:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen in der Gemeinde für Familien mit Schüler/innen erfasst.
- **In Ausbildung Stehende/r:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen für Familien mit Jugendlichen erfasst, die eine Ausbildung absolvieren.
- **Nachelterliche Phase:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen erfasst, die die Beziehung zwischen Großeltern und Kindern bzw. Enkelkindern betreffen.
- **Familie im Alter:** Anhand dieses Kriteriums werden Maßnahmen für das Leben der älteren Mitbürger in der Gemeinde erfasst.

In jeder dieser Lebensphasen gibt es Familien in besonderen Lebenslagen z.B. mit behindertem/krankem Kind oder Elternteil, Migrantenfamilien, Familien in finanziellen Nöten etc.

Information und Beratung zum Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde:

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Abteilung V/7
Franz-Josefs-Kai 51
1010 Wien

Projektleitung: Dr. Angelika Schiebel

Informationen: Mag. Manuela Marschnig

Tel: 01/711 00/3296

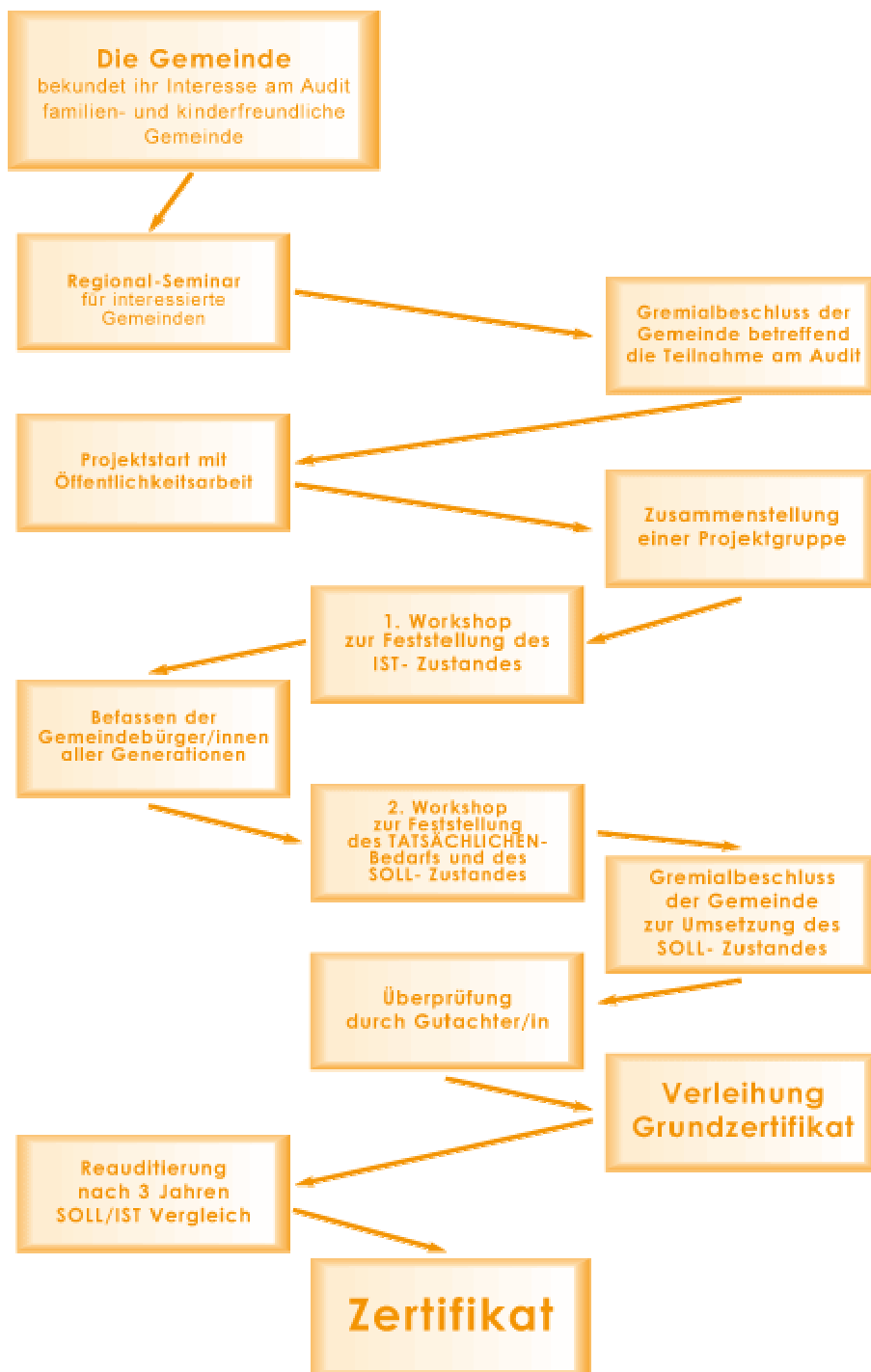
manuela.marschnig@bmsg.gv.at

www.gemeindeaudit.bmsg.gv.at

So setzt die Gemeinde/Marktgemeinde/Stadt das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde um:

Das Audit familien- und kinderfreundliche Gemeinde kann sowohl in Eigenregie als auch mit einer/m Berater/in durchgeführt werden.

Die Schritte zum Zertifikat:



Wenn Interesse an der Durchführung des Audits familien- und kinderfreundliche Gemeinde besteht, ist der erste Schritt die Kontaktaufnahme mit der Gemeindevertretung bzw. den jeweiligen Landesfamilienreferaten.

Familienpolitische Schwerpunkte in Oberösterreich

LH-Stv., Familienreferent Franz Hiesl



Von links nach rechts: DSA Hannelore Kleiß,
LH-Stv. Franz Hiesl, BM Ursula Haubner,
Mag. Elisabeth Kumpf-Frommel

Bundesministerin Ursula Haubner und LH-Stv. Franz Hiesl berichteten bei der Fachtagung über Familienpolitische Schwerpunkte in Österreich und Oberösterreich.

- Es gibt nicht zu viele Alte, sonder **zu wenig Junge**.
Bevölkerung - und damit die Sicherung des Systems - entsteht nur durch die Familie und durch sonst gar nichts.
In **Europa** wohnten 1950 23 % der Weltbevölkerung; 2050 werden es **nur noch 7 %** der Weltbevölkerung sein!
Gesamtfruchtbarkeitsrate 1960 in Ö: 2,7 (Kinder je Frau)
Gesamtfruchtbarkeitsrate 2000 in Ö: 1,35 (Kinder je Frau) -> halbiert
- **Erstgebärendenalter steigt ständig**. Frauen bekommen jetzt im Schnitt mit 28 Jahren ein Kind; vor 30 Jahren lag das Alter noch bei 21 Jahren.
- **Handlungsbedarf**: das Pensionssystem durch genügend Einzahler zu sichern (Generationenvertrag), andererseits auch finanzierbar zu halten.
- **Leistungen der Familien**: Erziehungsarbeit, Erwerbsverzicht, Pflegeleistungen, Kinderbetreuung etc. ->
- **müssen im System adäquat anerkannt** werden (erster Schritt: 1350 Euro/Mon. als Beitragsgrundlage bedeuten eine Verdoppelung; das bedeutet über 300 Euro zusätzlich aufs Pensionskonto für Erziehungszeiten)
- **Positives für Familien mit Kindern durch Pensionsreform**:
Mit 2 Kindern (2 x 4 Jahre Erziehungszeit) und 7 Jahren Erwerbsarbeit wird bereits ein Pensionsanspruch erworben.
Zusätzlich Streichung der 3 schlechtesten Beitragsjahre je Kind.
Beitragssatz von 650 auf 1350/Monat angehoben
Möglichkeit des zusätzlichen Pensionssplittings zw. den Eltern während Kindererziehungszeit.
- Familie ist der Ort, wo Verantwortung füreinander gelebt wird, Liebe und Vertrauen gefördert, gefordert und weitergegeben werden. Wir stehen in Oberösterreich zu einer Politik, die diese Grundwerte unterstützt.
- Österreich hat mit dem Kinderbetreuungsgeld Neu einen neuen Ansatz in der Familienförderung realisiert.

- Das Land Oberösterreich hat nun einen weiteren Beitrag erbracht, um Familie leichter lebbar zu machen. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsbonus soll einerseits die Finanzierung von außerhäuslicher Betreuung erleichtert werden, andererseits soll es auch ein Zeichen der Anerkennung für selbst erbrachte Betreuungsleistung sein.
- Der mit 1.1.2004 eingeführte neue OÖ. Kinderbetreuungsbonus entwickelt sich zu einem wahren Renner. Gemeinsam mit der Geldleistung von 400 Euro im Jahr werden auch Elternbildungsgutscheine ausgegeben.
- Ziel der Elternbildungsgutscheine ist, dass von allen Eltern kostengünstig qualitativ hochwertige Elternbildungsangebote der oö. Bildungseinrichtungen in Anspruch genommen werden können, die inhaltlich auf das Gelingen von Eltern-Kind-Beziehungen und Partnerschaftsbeziehung ausgerichtet sind.
- In Oberösterreich leben derzeit 378.368 Familien, in fast 251.000 Familien davon leben insgesamt 445.510 Kinder. Die Richtung der Familienförderung stimmt, aber die Familien brauchen noch mehr Unterstützung.

Konkret fordere ich als Familienreferent:

- im Steuerrecht die Einführung eines steuerfreien Existenzminimums für jedes Familienmitglied,
- die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und
- die Schaffung qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze.
- **Ziel der Familienpolitik des Landes OÖ. ist es**, die Familie zu stärken und familienfreundliche Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft zu schaffen. Es muss uns gelingen, die Lücke zwischen Kinderwunsch und realisierter Kinderzahl zu verringern. Denn 90 % der Jugendlichen wünschen sich die Gründung einer Familie und eigene Kinder.
- Wenn es den Familien gut geht, geht es auch dem Land gut - ich will ein Motor, ein Antreiber in diesem Bereich sein - Wir müssen Stimmung für die Familien machen - Oberösterreich soll familienfreundlichstes Land der Welt werden.
- Neues Betreuungsangebot durch alterserweiterte Gruppen. Mehr als 40 Kindergärten in Oberösterreich nehmen die Möglichkeit der alterserweiterten Gruppen bereits in Anspruch. Vor allem in ländlichen Regionen, wo meist der Bedarf an eigenen Krabbelstuben oder Horten zu gering ist, wird es Eltern damit leichter gemacht, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.
- Nachmittagsbetreuung im Kindergarten. Die Oö. Kindergarten- und Hortgesetz-Novelle 2005 ermöglicht neben der Öffnung der Kindergärten für unter dreijährige Kinder auch für Schulkinder am Nachmittag eine entsprechende Betreuung.
- Nachmittagsbetreuung durch die SALE - „Happy learning“. Die SALE – Solidaritätsaktion für arbeitslose LehrerInnen – kooperiert bei „Happy

learning“ mit Gemeinden und Schulen. Es wird Schulraum genutzt, der an Nachmittagen besonders an Volksschulen zur Verfügung steht. Der Start der Betreuung erfolgt unmittelbar nach Unterrichtschluss. Die Kinder erhalten ein Mittagessen, das zusammen mit der Schule organisiert wird und dann Betreuung der Kinder für Prüfungen etc... Die Öffnungszeiten richten sich nach den Bedürfnissen der Eltern und werden auch danach geplant.

- Familienkarte in O.Ö voller Erfolg: Telefonische Befragung in Auftrag gegeben: 1000 Personen befragt:
Mehr als 88% der Familien nutzen bereits die Familienkarte mehr als 2 Jahre und 96% der Befragten können die Familienkarte nur weiterempfehlen.
- 85% der Befragten die Familienkarte für Ausflüge, Museumsbesuche oder für ein öffentliches Schwimmbad nutzen. Die Familienkarte ist somit, wie bereits vermutet eine Freizeitkarte. Aber auch in den Bereichen Gastronomie und Handel wird die Familienkarte eingesetzt, denn immerhin sind bei mehr als 1.700 Partnerbetrieben Einsparungen möglich

Angebote der SPES Familien-Akademie für Gemeinden, Städte, Pfarren und Familienorganisationen

Unsere Angebote

Moderation und Begleitung

- ◆ Familien- und Kinderfreundliche Gemeinde
- ◆ Regionale Netzwerke
- ◆ BürgerInnen-Beteiligungsprojekte
- ◆ Klausuren
- ◆ Agenda 21-Workshops,...

Qualifizierung

- ◆ Einführungsseminar zum Thema „Familienfreundliche Gemeinde“
- ◆ Seminare für Familienausschussmitglieder
- ◆ Von Betroffenen zu Beteiligten
- ◆ Gemeindekooperationen
- ◆ Familienförderung/Familienpolitik
- ◆ Soziale Nachhaltigkeit

Ihr Nutzen

- ◆ Sie erhalten konkretes Handwerkszeug für die Umsetzung Ihrer Projektideen vor Ort.
- ◆ Sie lernen erfolgreiche Modelle und wichtige Rahmenbedingungen kennen und müssen „das Rad nicht neu erfinden“.
- ◆ Wir unterstützen Sie bei der Gestaltung kinder- und familienfreundlicher Rahmenbedingungen vor Ort.
- ◆ Sie starten erfolgreiche Familien-Projekte als Teil zukunftsorientierter Gemeindepolitik.
- ◆ Ihre Gemeinde wird attraktiver für Familien und gewinnt an Lebensqualität und an Profil als Wirtschaftsstandort.

Gerne informieren wir Sie persönlich und kostenlos über unser Angebot!



DSA Hannelore Kleiß, Mag. Elisabeth Kumpl-Frommel
Panoramaweg 1, 4553 Schlierbach
Tel.: 07582/82123-70 Fax: -49
E-Mail: familienakademie@spes.co.at
www.familienakademie.at

Impressum:

Herausgeber: SPES Familien-Akademie
Panoramaweg 1
4553 Schlierbach
Internet: www.familienakademie.at
E-Mail: familienakademie@spes.co.at
Layout: Barbara Strutzenberger
Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.